



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

3. Jahrgang  
Nr. 62, Januar 2017

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

## Trump verurteilt Merkels Flüchtlingspolitik: «Ein äusserst katastrophaler Fehler»

*Epoch Times; 16. January 2017*

Der künftige US-Präsident Donald Trump hat die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel verurteilt. Merkel habe «einen äusserst katastrophalen Fehler gemacht, und zwar all diese Illegalen ins Land zu lassen», sagte Trump.



Donald Trump. Foto: DON EMMERT/AFP/Getty Images

Der künftige US-Präsident Donald Trump hat die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel verurteilt. Merkel habe «einen äusserst katastrophalen Fehler gemacht, und zwar all diese Illegalen ins Land zu lassen», sagte Trump in dem Interview mit der «Bild»-Zeitung und der britischen «Times». Von den Folgen dieser Politik der offenen Grenzen habe Deutschland jüngst «einen deutlichen Eindruck bekommen.»

Er sei erstaunt gewesen, dass die Deutschen diesen politischen Kurs eingeschlagen hätten, sagte er weiter: «Ausgerechnet Deutschland, dabei war Deutschland bei Einreisebestimmungen eines der strengsten Länder der Welt.» Statt Flüchtlinge ins Land zu lassen, hätte Deutschland sich stärker für Sicherheitszonen etwa in Syrien stark machen sollen: «Die Golfstaaten hätten dafür zahlen sollen, die haben doch schliesslich Geld wie kaum ein anderer», so Trump: «Das Ganze wäre wesentlich billiger gewesen als das Trauma, das Deutschland jetzt durchmacht.» Dennoch habe er stets «grossen Respekt» vor der Bundeskanzlerin gehabt: «Merkel ist mit Abstand einer der wichtigsten Regierungschefs», so Trump. «Ich hatte das Gefühl, sie ist grossartig, eine grossartige Anführerin.»

Für die USA kündigte er verschärfte Grenzkontrollen an: «Es wird extreme Sicherheitsüberprüfungen geben, es wird nicht so sein wie jetzt», sagte der designierte US-Präsident. Die bisherigen Einreisebestimmungen seien aus seiner Sicht alles andere als ausreichend. «Wir haben keine richtigen Sicherheitsüberprüfungen bei der Einreise in unser Land, sie existieren im Grunde genommen derzeit gar nicht.»



Auf die Frage, ob die verschärften Regeln auch Auswirkungen auf Einreisende aus EU-Staaten haben werden, erklärte Trump: «Das könnte passieren, aber wir werden sehen. Ich meine, wir reden hier von Teilen der Welt und Teilen Europas, wo wir Probleme haben, wo sie reinkommen und Probleme verursachen. Ich will diese Probleme nicht haben.» Er wolle «es nicht so machen wie Deutschland», so Trump: «Wir wollen nicht, dass Leute aus Syrien zu uns kommen, von denen wir nicht wissen, wer sie sind. Es gibt keine Möglichkeit für uns, diese Leute zu überprüfen.»

Trump hatte bereits im Wahlkampf Merkels Flüchtlingspolitik mehrfach scharf kritisiert. Mitte Juni nannte er Deutschland eine Warnung für die USA. Die Folgen der deutschen Flüchtlingspolitik seien eine «Katastrophe» für das Land, in dem «fürchterliche Dinge» geschähen. (dts/afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/trump-verurteilt-merkels-fluechtlingspolitik-einen-aeusserst-katastrophalen-fehler-gemacht-a2024862.html>

## Trump – Die EU und NATO sind überflüssig

Montag, 16. Januar 2017, von Freeman um 07:00

Der Bilderberger und Springer-Verlag-Vorstand Kai Diekmann und der ehemalige britische Minister unter David Cameron, Michael Gove, führten gemeinsam ein Interview mit dem designierten Präsidenten der Vereinigten Staaten Donald Trump in seinem Büro im Trump Tower in New York. Das Interview wurde zeitgleich jeweils in der Bild-Zeitung und in der London Times am Sonntag veröffentlicht (nur gegen Bezahlung online lesbar).



Was Trump darin äusserte zeigt, dass er seine Meinung gegenüber den wichtigsten Themen nicht geändert hat. Er sagte, man sollte Putin vorläufig trauen, nannte die NATO überflüssig, sagte voraus, es würden mehr Länder aus der EU ausscheiden, und drohte den deutschen Autofirmen mit heftigen Importsteuern, wenn sie die Autos für die USA nicht im Lande bauen. Über Merkel sagte er, ihre Flüchtlingspolitik sei «katastrophal».

Er sagte, der Brexit werde für England ein Erfolg sein, und er nannte die EU ein Instrument zur Dominierung von Europa durch Deutschland. Er gab zu verstehen, es sei ihm egal, ob die EU auseinanderbräche oder zusammenbleibe. Er hält auch nicht viel von den Handelsvereinbarungen, die er entweder kündigen oder neu verhandeln will. Das bedeutet, er steht im krassen Gegensatz zur Politik von Merkel.

Auf die Frage, ob er denn weiter Twitter verwenden werde, wenn er ins Weisse Haus einziehe, antwortete Trump: «Ich dachte, ich würde es zurückschrauben, aber die Presse berichtet so unehrlich über mich – so unehrlich –, dass ich mich über Twitter äussere.» Für ihn haben die Medien jede Glaubwürdigkeit verloren, speziell weil sie so viele Lügengeschichten über ihn verbreitet haben.

Dazu gehört als letzter Fall das sogenannte «Sex-Dossier», über das ich hier ausführlich berichtet habe. Trump bezeichnete CNN direkt als «Fake-News».

In seinen beiden letzten Tweets hat er knallharte Kritik an US-Geheimdienstchef James Clapper geäußert, weil dieser wiederum Trump unterstellte, er hätte keine Ahnung über die russische Bedrohung und sollte aufpassen was er sage. Trump fragte deshalb im Tweet, ob Clapper der «leaker» der Fake-News an die Medien war?



Er kritisierte die amerikanische Aussenpolitik seiner Vorgänger sehr scharf. Er bezeichnete den Überfall auf den Irak als *«wahrscheinlich grösste Fehlentscheidung in der Geschichte unseres Landes»* und beschrieb die Vorgehensweise, *«wie wenn man Steine in einen Bienenstock schmeisst.»* Er sagte, der Krieg in Afghanistan würde schlecht laufen und die Rückeroberung von Mossul sei ein Desaster.

Was Russland betrifft will er eine Reduzierung des beiderseitigen Atomwaffenarsenals vereinbaren und im Gegenzug einige Sanktionen aufheben. *«Sie haben Sanktionen gegen Russland verhängt (seine Vorgänger) – lasst uns sehen, ob wir nicht gute Vereinbarungen mit Russland abschliessen können. Für eines: Ich denke Atomwaffen müssen erheblich reduziert werden.»*

Wow, wie erfrischend anders ist das denn? Das wird viele EU-Turbos, Globalisten, Transatlantiker und Kriegshetzer schockieren und in Panik versetzen. Wenn er seine Absichten umsetzen kann, dann wird es eine völlig neue amerikanische Aussenpolitik geben.

Wie ich bereits gesagt habe, Merkel kann sich die Kündigung holen, denn es ist ein neuer Sheriff in der Stadt, der für Ordnung sorgen will (eine andere). Das drückte Trump nämlich über seine deutschen Wurzeln aus, denn seine Vorfahren stammen aus Kallstadt, Landkreis Bad Dürkheim in Rheinland-Pfalz.

*«Das ist grossartig. Ich liebe Deutschland ... Ich mag es, wenn die Dinge ordentlich erledigt werden. Dafür sind die Deutschen ziemlich bekannt. Aber ich auch – ich mag auch Ordnung, und ich mag Stärke»*, sagte Trump.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/01/der-bilderberger-und-springer-verlag.html#ixzz4VuvlFepK>

## Trump zieht Aufhebung von Russland-Sanktionen in Betracht

RT Deutsch; Sa, 14 Jan 2017 11:43 UTC

Im Interview gegenüber dem Wall Street Journal teilte der designierte US-Präsident Donald Trump mit, dass er die von der Obama-Administration eingeführten Sanktionen gegen Russland *«zumindest für eine gewisse Zeit»* beibehalten werde.



© Reuters

Donald Trump zieht mögliche Aufhebung von Russland-Sanktionen in Betracht

Der designierte US-Präsident schloss aber gleichzeitig die mögliche Aufhebung der Sanktionen nicht aus, wenn Moskau seine Hilfsbereitschaft beweisen würde. *«Wenn wir miteinander gut auskommen und Russland uns*

wirklich hilft, wenn jemand wirklich tolle Sachen macht, wozu sollte man dann die Sanktionen brauchen?», so Trump.

Am 2. Januar äusserte sich Donald Trumps künftiger Pressesprecher Sean Spicer in der ABC-Show *«This Week»* zu der von Barack Obama getroffenen Entscheidung, 35 russische Diplomaten des Landes zu verweisen und zwei von Russland unterhaltene Einrichtungen zu schliessen: «Ich denke, eine der Fragen, die es nun zu stellen gilt, ist folgende: Warum dieses Ausmass? Ist diese Reaktion angemessen? Vielleicht, vielleicht auch nicht, aber man muss darüber nachdenken. Wenn man in die Geschichte blickt, findet man keine vergleichbare Massnahme in jüngster Vergangenheit.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/27716-Trump-zieht-Aufhebung-von-Russland-Sanktionen-in-Betracht>

## Willy Wimmer: «Was die Eliten mit Trump treiben, könnte zu Bürgerkrieg führen»

*RT Deutsch; Fr, 13 Jan 2017 15:52 UTC*

Via Twitter verbreitete Trump nun die Behauptung, es habe «ernsthaften Wahlbetrug» in den Bundesstaaten Virginia, New Hampshire und Kalifornien gegeben. «Warum berichten die Medien darüber nicht?», fügte er im Kurzbotschaftendienst hinzu. «Schlimme Voreingenommenheit – grosses Problem.»



© Reuters

*US-Bürger demonstrieren gegen den designierten US-Präsidenten Donald Trump*

Das US-Polit-Establishment lässt keine Gelegenheit ungenutzt, um den designierten US-Präsidenten Donald Trump zu diskreditieren. Laut dem ehemaligen verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU, Willy Wimmer, soll es ihm dadurch so schwer wie möglich gemacht werden, von der Kriegs-Agenda bisheriger US-Regierungen abzurücken und unter anderem ein besseres Verhältnis zu Russland aufzubauen.

«Wenn Sie sich die aktuelle Situation in Washington ansehen, denke ich, dass diejenigen, welche die Wahl verloren haben, nicht gewillt sind, den neuen Präsidenten mit Namen Trump zu akzeptieren. Was die Eliten in Washington treiben, könnte in einen Bürgerkrieg münden», so Willy Wimmer, ehemaliger verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung.

Willy Wimmer, der darüber hinaus auch als ehemaliger Vizepräsident der Parlamentarischen OSZE-Versammlung tätig war, äusserte gegenüber RT die Ansicht, dass es sich bei den politischen Gegnern Trumps nicht nur um Mitglieder der Demokratischen Partei handelt, die alles auf einen Sieg Hillary Clintons gesetzt hatten. Auch neokonservative Republikaner wie Senator John McCain sind Teil der politischen Front der Washingtoner Elite. Sie alle möchten verhindern, dass Donald Trump seine Pläne zur Verbesserung der Beziehungen zu anderen Staaten umsetzt. Laut Wimmer würde die Implementierung der von ihm skizzierten Aussenpolitik deren kriegstreiberischem Weltbild einen Strich durch die Rechnung machen.

Wimmer ist der Ansicht, dass die verunglimpfende Darstellung Trumps in den Medien stark an die Dämonisierung Russlands in den Mainstreammedien erinnert und fügt hinzu:

«Es gibt ein Netzwerk des Widerstands gegen den Präsidenten, der am 20. Januar sein Amt antreten wird und ich denke, wenn Sie sich mal die Realität in Europa ansehen, die Menschen überall in Europa – sie möchten gute Beziehungen mit der Russischen Föderation. Es gibt im Grunde keine Feindschaft [zwischen Russland und Europa]. Die Feindschaft wird künstlich geschaffen und das geschieht auf die gleiche Weise wie die Erzeugung der Feindseligkeit, wie wir sie heute gegen Trump erleben.»

Wimmer vertritt die Meinung, dass die «Schmierenkampagne» gegen Donald Trump mit immer neuen Beleidigungen und Verleumdungen aktuell «in allen führenden Zeitungen weltweit auf Hochtouren läuft». Das Hauptziel hinter all diesen enormen Anstrengungen sei, «es dem neuen US-Präsidenten unmöglich zu machen, eine bessere Politik zu betreiben und nicht wie andere als Kriegstreiber zu enden.»

Die Kampagne lasse erkennen, dass hinter ihr Netzwerke stehen, die **nur** in dem Masse bereit sind, demokratische Entscheidungen und verfassungsmässige Vorgaben zu akzeptieren, **wie es in ihre Agenda passt:**

«Das macht sehr deutlich, dass es sich um ein Netzwerk des **demokratischen und republikanischen Kriegs-Establishments in Washington** handelt, und sie sind nicht gewillt, die Wahlen zu akzeptieren.»

Weiter argumentiert er, dass sich nach der Wiedereingliederung der Krim in die Russische Föderation die Beziehungen zwischen Europa und Russland erst dramatisch verschlechtert hätten, **nachdem** sich «etwas [...] in der US-Politik veränderte». Wimmer erklärt:

«Nun sind wir in der Situation, dass, was auch immer sie tun, alles, was sie tun können, **auch in Hinblick auf die nächsten Wahlen in Deutschland**, darauf ausgelegt ist, Gründe für einen neuen Konflikt oder sogar Krieg zu finden.»

Demnach seien die aktuellen Spannungen in einer zunehmend polarisierten Welt **«die dramatischsten Tage unserer Lebzeiten»**. Um eine Konfrontation zu verhindern, empfiehlt Wimmer, sich nicht auf wenige Interessen zu stützen, **sondern «das grosse Ganze im Auge zu behalten»**.

«Ich denke, jeder in Europa wünscht sich, einen Trump im Amt zu sehen, der die Politik verfolgt, die er im Wahlkampf erklärt hat, **nämlich sich für gute Beziehungen mit anderen Staaten einzusetzen, auch mit Russland»**, sagte Wimmer und fügte hinzu, dass es **«keinen Grund» für Europa gibt**, «sich feindselig gegenüber der russischen Bevölkerung oder der russischen Regierung zu verhalten.»

Seit den Tagen des US-Wahlkampfes wird Trump durch die US-Mainstreammedien und Vertreter des demokratischen Polit-Establishments **ohne Vorlage von Beweisen** verdächtigt, über Verbindungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin zu verfügen. Demnach handele es sich bei Trump um eine **«Marionette Putins»**.

Auch soll die russische Regierung über kompromittierendes Material über den designierten US-Präsidenten verfügen, um ihn, einmal im Amt, notfalls erpressen zu können, sollte er eine für Russland unvorteilhafte Politik verfolgen. **Diesbezügliche Berichte sollen jedoch lediglich den Hoax einer rechtsgerichteten Forentroll-Gemeinde zur Grundlage haben.** Diese wollte durch gefakte Dokumente die Geheimdienste und Trump-kritische Medien vorführen.

Donald Trump lässt derweil keine Möglichkeit aus, die Anschuldigungen zurückzuweisen und sie wie zuletzt bei seiner ersten Pressekonferenz seit einem halben Jahr als **«Fake News»** zu bezeichnen. Nach Veröffentlichung des Berichts über angebliche russische Hackerangriffe durch die US-Nachrichtendienste erklärte Trump auf Twitter:

«Ein gutes Verhältnis zu Russland ist eine gute Sache, nicht eine schlechte Sache. Nur **«dumme» Leute oder Idioten können glauben, dass das schlecht ist!** Wir haben auch so schon genügend Probleme rund um die Welt. Wenn ich erst Präsident bin, wird Russland uns sehr viel mehr respektieren, als sie es jetzt tun. **Beide Länder werden, vielleicht, zusammenarbeiten, um einige der grossen und drängenden Probleme der WELT zu lösen.»**

Quelle: <https://de.sott.net/article/27702-Willy-Wimmer-Was-die-Eliten-mit-Trump-treiben-konnte-zu-Burgerkrieg-fuehren>

### Erfolgsautor Tim K. zu Merkel:

#### «Sie sind die grösste Gefahr für Europa und Deutschland»

Von Andre Eric Keller, Veröffentlicht: Montag, 26. Dezember 2016 von Zirze



Auszug:

«Sie sind und bleiben die grösste Gefahr für Europa und Deutschland, und Ihre **«Politik des Niedergangs»** beginnt immer mehr, ihre Früchte zu tragen.

Wenn Sie nicht die Grenzen geöffnet hätten, um aber auch jeden Wirtschaftsflüchtling und Verbrecher ohne jegliche Kontrolle und Überprüfung bei uns aufzunehmen, hätten wir nicht die Zustände, die mittlerweile überall bei uns herrschen ...

Der Terror hat in Deutschland Einzug gehalten, und es ist ihm Tür und Tor geöffnet worden.

Durch Sie und Ihre Lakaien ...

Unter Ihrer Regierung können sich Tausende vom Schlag eines Amri mit mehreren Identitäten unter uns frei bewegen und uns täuschen und abziehen.

Unter Ihrer Regierung können Terroristen lächelnd und ohne Sorgen frei unsere Grenze überqueren. Sie können sogar ihr radikales Gedankengut exzessiv hier ausleben, ohne dass irgendetwas passiert.»

### **Erfolgsautor Tim K. zu Merkel: «Sie sind die grösste Gefahr für Europa und Deutschland»**

Einen Tag vor Weihnachten und nur wenige Tage nach dem feigen, hinterhältigen Terroranschlag am Berliner Brettscheidplatz, schrieb der Ex-Polizist und mittlerweile zum Autor avancierte Tim K. neuerlich einen offenen Brief an die Kanzlerin.

Dieser Brief wird vielleicht niemals von Merkel selbst gelesen, vielleicht aber doch, jedenfalls ist er aber ein Zeugnis dafür, wie sehr die Volksseele bereits brodelte.

Tim K. spricht folgerichtig an, dass Merkels zügellose und grenzenlose Zuwanderungspolitik Unheil über Deutschland gebracht hat. Merkels Politik tötet. Das tat ihre Politik schon länger, nämlich dann wenn die Bundeswehr die Demokratie in aller Welt verteidigt.

Jedoch im Jahre 2016 kam diese Politik des Intervenierens in Form des Terrors wie ein Bumerang nach Deutschland zurück. Diese Politik rächte sich und wird sich noch viel mehr an den Deutschen rächen. Waren bisher die Terroranschläge nur bis London, Barcelona oder Paris vorgedrungen, fanden die «Amokläufe» von «Südländern» jetzt mitten in Deutschland statt.

Ist das allein schon schlimm genug, haben sich die verantwortlichen Minister und deren Personal, nicht mit Ruhm bekleckert – diese sind förmlich in die Knie gegangen, wenn nicht sogar zu Boden. Das natürlich schon während der hausgemachten Migrationskrise. Von Ausweisungen der falschen «Flüchtlinge» bis zum Ausforschen von Islamisten, sogenannte «Gefährder», das ging alles gemächlich oder gar nicht. Da wird sich des Humanismus wegen förmlich «angeschissen», der Herr Islamist und Terrorist kassiert gemächlich ab, wenn nicht sogar vielfach. Da muss man sich schon als Hartz IV-Empfänger, Rentenbezieher, Alleinerzieher, Kleinverdiener fragen: Habt ihr eigentlich noch alle Tassen im Schrank?

Aber kommen wir zu Merkel zurück. Die Bundeskanzlerin hat die uneingeschränkte Pflicht, das deutsche Volk zu schützen und Unheil von diesem abzuwenden. So wahr ihr Gott helfe! Das ist der Eid, den sie schon mehrmals schwor. Merkel hat das Unheil erst nach Deutschland gebracht. Merkel ist das Unheil in Person. Wie auch Tim K. am Ende richtig feststellt, Merkel muss zurücktreten! Aber sie muss auch von den Strafverfolgungsbehörden belangt werden ... und nicht nur sie!

### **Liebe Freunde, anbei der offene Brief von Tim. K, dem Ex-Polizisten, der Deutschland schon vor längerer Zeit von der miesesten Seite kennengelernt hatte.**

Sehr «geehrte» Frau «Bundeskanzlerin» Merkel,

Der mutmassliche und meistgesuchte Terrorist Anis Amri wurde in Mailand erschossen, nachdem er zuvor die deutsche und mehrere weitere Grenzen anscheinend unkontrolliert überquerte. Seine Duldungsbescheinigung am Tatort vergessend, kehrte er dann wieder in das Land zurück, das er wegen einer verbüssten Haftstrafe damals verlassen musste: Italien.

Nun ist er tot und kann demnach auch keine Angaben mehr machen. Akte zu und das Leben in Deutschland geht wie gewohnt weiter? Das hätten Sie wohl gerne.

Mitnichten! Gerade jetzt gilt es aufzuklären und die Dinge konkret anzusprechen.

Nach den furchtbaren Ereignissen der letzten Tage und Wochen ist es höchste Zeit, ein vorläufiges Resümee zu ziehen und die Ursachen deutlich beim Namen zu nennen: Sie höchstpersönlich haben den Terror in unser Land importiert und Sie persönlich sind mittlerweile durch Ihre fatale und lebensgefährliche «Flüchtlingspolitik» zu einer tödlichen Gefahr für unser Land geworden. Anis Amri war einst Ihr willkommener «Gast».

Wenn Sie nicht die Grenzen geöffnet hätten, um aber auch jeden Wirtschaftsflüchtling und Verbrecher ohne jegliche Kontrolle und Überprüfung bei uns aufzunehmen, hätten wir nicht die Zustände, die mittlerweile überall bei uns herrschen.

Der Terror hat in Deutschland Einzug gehalten, und es ist ihm Tür und Tor geöffnet worden. Durch Sie und Ihre Lakaien. Und ich definiere Terror mannigfaltig. Terror beginnt bereits dort, wo Frauen genötigt, begrabscht und vergewaltigt werden und endet in der Ermordung vieler Unschuldiger durch abscheuliche Terroristen mittels Lastwagen, Nagelbomben und Schusswaffen.

Auch der psychische Terror, der sich dahingehend zeigt, dass viele Menschen mittlerweile Angst haben, sich frei zu bewegen und sich um ihre Frauen und Kinder sorgen, darf ebenfalls in keiner Weise vergessen werden.

Alles das zusammen kann und muss man Ihnen, Frau Merkel, persönlich zurechnen. Sie haben die Grenzen geöffnet. Unter Ihrer Regierung können sich Tausende vom Schlag eines Amri mit mehreren Identitäten frei unter uns bewegen und uns täuschen und abziehen. Unter Ihrer Regierung können Terroristen lächelnd und ohne Sorgen frei unsere Grenze überqueren. Sie können sogar ihr radikales Gedankengut exzessiv hier ausleben, ohne dass irgendetwas passiert.

Unter Ihrer Regierung werden «Flüchtlinge» mit Bewährungsstrafen belohnt, die zuvor schwere Straftaten begangen haben. Unter Ihrer Regierung wird unser Rechtsstaat massiv untergraben und ausgehöhlt, in dem man Verbrechen nicht verfolgt, Straftaten verschweigt, Statistiken manipuliert und die eigene Bevölkerung durch all das verrät und im Stich lässt.

Unter Ihnen ist jeder, der die Ansichten der CDU vor 10 Jahren vertritt, zu einem rechtspopulistischen Hetzer verkommen. Was haben Sie mit unserer Meinungsfreiheit getan? Sie, ein Herr Maas, De Maiziere, eine Frau Reker und wie diese ganzen Gestalten auch heissen.

Da redet der Bundesinnenminister De Maiziere davon, dass «man jetzt nicht zurückweichen dürfe». Was möchten Sie uns mit diesem tiefsinnigen Satz sagen, Herr De Maiziere? Sollen wir uns jetzt mutig in eine Nagelbombe werfen oder einem heranrollenden LKW die Stirn bieten?

Oder was meinen Sie, Frau Reker, eine LKW-Länge Abstand halten auf Weihnachtsmärkten?

Sie alle, die Sie selbst in Ihrem Elfenbeinturm sitzen, umgeben von Bodyguards und gepanzerten Limousinen, deren Töchter wahrscheinlich nie Opfer einer Vergewaltigung werden, Sie alle können natürlich weiterhin diese regelrecht dummen und unverfrorenen Sätze und Weisheiten zum Besten geben. Es will sie nur niemand mehr hören!

Man nehme nur einmal Ihre Äusserungen der letzten Pressekonferenz, Frau Merkel, um Ihre «Fähigkeiten» und Ihren Geisteszustand (Anm. Bewusstseinszustand) beurteilen zu können:

«Wir haben schon seit langem gewusst, dass wir auch Zielscheibe des islamistischen Terrorismus sind. Und trotzdem ist dann, wenn ein solcher Fall eintritt, das natürlich noch einmal etwas ganz anderes.»

Was wollen Sie uns «Geistreiches» damit sagen? Dass wir zwar jederzeit Opfer eines Anschlags hätten werden können, aber jetzt, wo es passiert ist, fühlt es sich echt komisch an?

«Die hochprofessionelle Arbeit der Mitarbeiter des BKA mit den Länderbehörden und Bundesorganisationen hat reibungslos funktioniert.»

Welche hochprofessionelle Arbeit? Die Sicherheitsbehörden haben im Falle von Anis Amri komplett und erbärmlich versagt!

«Ich bin in den letzten Tagen sehr stolz gewesen, wie besonnen die Menschen, die grosse Zahl der Menschen auf diese Situation reagiert.»

Das kann ich mir vorstellen. Übersetzt heisst das wohl für Sie, dass Sie beruhigt sind, dass die grosse und träge Herde trotz allem Unheil, das Sie fortwährend verzapfen, weiterhin lethargisch weiter auf der Wiese gras?

«Wir wissen, dass wir die Mittel von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf unserer Seite haben.»

Eine weitere nichtssagende und hohle Phrase. Und genau das alles zusammengefasst belegt, was man von Ihnen zu halten hat. Rein gar nichts!

Sie sind und bleiben die grösste Gefahr für Europa und Deutschland, und Ihre «Politik des Niedergangs» beginnt immer mehr, ihre Früchte zu tragen:

Ihre Politik ermöglicht es Terroristen, zu uns zu kommen und hier unbehelligt beherbergt zu werden.

Ihre Politik lässt Terroristen bis zu 9-malig auf unsere Kosten leben.

Ihre Politik erhöht die Straftaten in diesem Land um ein Vielfaches.

Ihre Politik zerstört unsere Kultur.

Ihre Politik spaltet die Bevölkerung.

Ihre Politik hat Angst in die Herzen der Menschen gepflanzt.

Ihre Politik hat bis zum jetzigen Augenblick immer noch nicht die Grenzen geschlossen.

Ihre Politik hat Millionen von Menschen in die Armut getrieben.

Ihre Politik ist Politik gegen die eigene Bevölkerung.

Ihre Politik entfernt und entfremdet uns vom restlichen Europa.  
Ihre Politik zersetzt unsere Identität.  
Ihre Politik führt dieses Land in den Abgrund.  
Und Sie, Angela Merkel, haben die Kontrolle über dieses Land verloren.  
Treten Sie endlich zurück, denn dieses Land hat Sie nicht verdient!  
Tim K.

*Artikel erschienen auf Contra-Magazin*

*Gefunden auf:*

*<http://www.zukunftskinder.org/erfolgsautor-tim-k-zu-merkel-sie-sind-die-groesste-gefahr-fuer-europa-und-deutschland/>*

*Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2017/01/12/erfolgsautor-tim-k-zu-merkel-sie-sind-die-groesste-gefahr-fuer-europa-und-deutschland/>*

## Leserfrage

Bei den Flüchtlingsströmen, die letztes Jahr nach Europa durch die Schuld der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Europa eingefallen sind, handelt es sich ja nicht nur um wirkliche Flüchtlinge, sondern auch um Kriminelle, Arbeitsscheue und Verbrecher, wie aber ganz klar auch um IS-Terroristen. Da erweist es sich doch ganz klar, dass die Merkel nicht klaren Sinnes und offensichtlich auch in ihrem Denken und Handeln gestört ist, sonst hätte sie ja nicht die Flüchtlings-Willkommenskultur in alle Welt ausposaunt. Zu verstehen ist auch nicht, dass die Regierenden rund um sie herum und auch die kriminellen EU-Machtmenschen nicht sehen, was mit dieser Frau eigentlich los ist, oder ob sie selbst auch so krank in ihrem Denken und Handeln sind wie die Merkel. Es ist doch offensichtlich, dass sie alle verantwortungslose Gestalten sind, die nur ihre Macht ausüben, das Volk tyrannisieren und dafür noch horrende Löhne kassieren. Und bei Merkel speziell muss gefragt werden, ob sie überhaupt ein Gewissen hat und ob sie in ihrer Dummheit weiss, was sie mit all ihren politischen Fehlhandlungen hinsichtlich ihres hervorgerufenen Flüchtlingsdesasters anrichtet und ob sie und ihre Trabanten überhaupt dafür verantwortlich gemacht werden können, weil ihnen ja politischer Schutz gegeben wird.

H. Schudel, Schweiz

## Antwort

Leider ist es eine Tatsache, dass schuldbaren Regierenden aller Art Schutz vor dem Gesetz gewährt wird, eben eine Immunität, der zufolge sie in bezug auf Straftaten usw. nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn ihre gesetzlich festgelegte Immunität nicht von höherer Stelle aufgehoben wird. Insbesondere geschieht dies nicht bei Regierenden, die in höchsten Positionen stehen. Im Politik-Lexikon wird dies folgendermassen erklärt:

### Immunität

Politiker und Politikerinnen geniessen Immunität, sie sind während ihrer politischen Tätigkeit also immun. Das heisst, dass sie für Äusserungen, die sie im Rahmen ihrer politischen Arbeit tätigen, nicht vor Gericht gestellt werden können. Sie geniessen diesen besonderen Schutz, damit sie ihre Meinung frei äussern können und für ihre Wortmeldungen nicht verklagt werden können, wenn sie in politischen Auseinandersetzungen manchmal etwas heftiger werden.

In manchen Fällen ist es aber nicht ganz klar, ob jemand eine bestimmte Aussage im Rahmen seiner/ihrer politischen Tätigkeit gemacht hat. Dann kann die entsprechende Institution, in der der Politiker oder die Politikerin tätig ist (z.B. der Landtag eines Bundeslandes oder der Nationalrat), die Immunität aufheben. Die Immunität wird üblicherweise auch dann aufgehoben, wenn der Verdacht besteht, dass eine Straftat begangen wurde.

Soviel also in bezug darauf, dass Politiker, die ja auch Regierende sind, nicht zur Rechenschaft gezogen werden, auch in solchen Fällen nicht, wenn eine Katastrophe angerichtet wird, wie durch das Handeln der deutschen Bundeskanzlerin, die für ihr Amt effektiv unfähig ist, jedoch von ihren Anhängerinnen und Anhängern sowie von ihren gleichgerichteten Spiessgesellen beiderlei Geschlechts in ihrem unfriedensschaffenden Tun unterstützt, anstatt ihres Amtes enthoben und bestraft wird. Würde ein einfacher Bürger das tun, was diese Frau sich

erlaubt zu tun, dann würde er in harter Weise zur Rechenschaft gezogen und wäre seines Lebens nicht mehr froh.

Nun, bereits 1948 wurde eine Voraussage bezüglich dieser Frau Merkel und ihrer katastrophalen Flüchtlingspolitik gemacht, wobei folgendes erklärt wurde:

«Allesamt wird das, wie auch Flüchtlingsströme, Kriege und Terrorismus in zukünftiger Zeit zu Unfrieden und Hass unter den Menschen und zwischen den Völkern führen, wie auch die Religionen-, Sekten- sowie der Fremden- und Rassenhasserei, die besonders im neuen Jahrtausend wieder sehr stark aufkommen werden. Und dies wird besonders ab dem Jahr 2005 aufkommen, und zwar durch eine wirre regierende Frau in Deutschland, die aus sozial armen und kriegsbefallenen Staaten Flüchtlingsströme nach Europa hervorrufen wird, wie aus Afrika, Arabien und Asien. Unter den wirklichen Flüchtlingen werden aber viele Arbeitsscheue, Kriminelle, Verbrecher und Terroristen sein, die in den europäischen Ländern viel böses Unheil anrichten werden. Diese bewusstseinskranke, machtbesessene Frau wird auch massgebend für viele Übel verantwortlich sein, die sich durch in Europa eingeschlichene Arbeitsscheue, Kriminelle, Verbrecher, Vergewaltiger und Terroristen sowohl in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern ereignen werden, die ab den 1990er Jahren einer Diktatur-Union angehören werden. Diese Machthaberin wird nicht klarer Sinne mächtig sein, was aber selbst durch Fachkräfte nicht erkannt werden wird, folglich sie unangefochten ihr Unwesen treiben und dafür von ihren unbedarften Mitläufern noch gelobt werden wird. Und dies wird auch sein, wenn sie hinterhältig gegen das neue Russland agieren wird, das rund ein Jahrzehnt vor dem Jahrtausendwechsel aus der Sowjetunion hervorgehen wird. In ihrem weiteren Machtgebaren wird die Machthaberin in völliger Unvernunft ungeahnte Flüchtlingsmassen aus Afrika, Arabien und Asien hervorrufen, wodurch Millionen von Flüchtlingen aus unterentwickelten Drittweltländern und aus Kriegsgebieten nach Europa einwandern und einschleichen werden, was zu grossen Problemen und auch zu vielen kriminellen und verbrecherischen sowie terroristischen Handlungen und Taten führen wird. Das aber erkennen ihre dummen Anhänger nicht, wie auch nicht, dass die gesamten Politiker, die auf ihrer Seite sind und sie befürworten, die wahren politischen Probleme nicht erkennen, weshalb viele unter ihnen auch die gesamte Flüchtlingsproblematik nicht erkennen werden. Grundsätzlich werden sie alle egoistisch, selbstherrlich, selbstbesessen und unfähig sein, wodurch sie die Wahrheit und die prekäre Flüchtlingslage nicht erkennen werden, wobei sie auch einfach darüber hinweggehen werden, dass Tausende von wahrheitlichen und falschen Flüchtlingen auf ihren Fluchtwegen nach Europa ihr Leben einbüßen werden. Die unverantwortlich und auf der Seite der deutschen Machthaberin stehenden Politiker werden sie gewähren lassen und ihr noch behilflich sein, folglich die Frau für all die vielen Flüchtlings-Toten nicht zur Rechenschaft gezogen werden wird, wofür sie verantwortlich sein wird.»

SSSC, 19. Januar 2017

Billy

### **Müller mault ... über die Unantastbarkeit der Politikerkaste**

Wenn mich eine Sache wirklich aufregt ... dann ist es die Unantastbarkeit der verantwortlichen Politikerkaste. Seit mittlerweile einem ganzen Jahr steht ein Gutachten im Raum, welches eigentlich wie eine Bombe hätte losgehen müssen. Ich spreche vom **Rechtsgutachten des ehemaligen Verfassungsrichters** der BRD, Udo Di Fabio. In diesem Gutachten weist Di Fabio der Bundeskanzlerin, sowie eigentlich der ganzen Bundesregierung, einen eindeutigen Bruch des Verfassungsrechts nach. Unter anderem schreibt sogar die <FAZ>:

«Selbst wenn man unterstellt, so Di Fabio, dass die Öffnung der Grenze Ende August und Anfang September 2015 <quasi im rechtfertigenden Notstand zu Gunsten einer menschenwürdigen Behandlung von Flüchtlingen notwendig gewesen sein sollte>, so würde das nichts daran ändern, dass damit allenfalls eine <punktueller, auf wenige Tage beschränkte einstweilige Massnahme zu rechtfertigen sei, aber keine längere oder gar dauerhafte Ausserachtlassung des geltenden Rechts.>»

Wohlgemerkt: Jänner 2016! Und jetzt? Nichts.

In Zeiten, in denen einem US-Präsidentschaftskandidaten von unseren Medien völlige Amtsunfähigkeit unterstellt wird, weil er ein paar derbe Sprüche von sich gibt, ist es komplett egal, wenn die **höchsten Vertreter des Landes vielfachen, schweren und andauernden Rechtsbruch** begehen. Bindung an die Verfassung oder den Amtseid «Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und dessen Nutzen zu mehren, das Grundgesetz zu achten und zu schützen»? Ha! Dass ich nicht lache. Das ist doch nur eine grobe Richtlinie.

Ferkel Langstrumpf und ihre Gang machen alles wie es ihnen passt. Es ist schlichtweg egal, was sie auch anstellen. Niemand wird sie behelligen. Wenn Sie einen Strafzettel nicht bezahlen oder Ihre GEZ/GIS-Gebühr, dann schmeisst man Sie notfalls in Beugehaft. Wenn sich aber die Volksverräter an höchster Stelle einen Mist um die Gesetze scheren, wird so getan als sei nichts.

Die Mechanismen, die diese Volksverräter an die Gesetze binden sollen, werden schlicht nicht angewandt. Denken Sie darüber nach, was das für die Demokratie bedeutet.

Passen Sie auf ihren Kopf auf!

Müller

Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/01/08/mueller-mault-ueber-die-unantastbarkeit-der-politikerkaste/>

## Italien will als Vermittler für die Aufhebung anti-russischer Sanktionen fungieren

RT Deutsch; Di, 03 Jan 2017 16:36 UTC

Das mediterrane Land möchte als Vermittler fungieren, um die antirussischen Sanktionen der EU und USA aufzuheben. Dies erklärte der Politik-Experte Fulvio Scaglione gegenüber Sputnik. Die EU-Sanktionen seien «kostspielig und ineffizient».



© Reuters

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow zusammen mit dem heutigen Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni, damals Aussenminister, auf einer Pressekonferenz in Rom am 2. Dezember 2016.

Die Zahl der EU-Staaten, die öffentlich den Sinn der antirussischen Sanktionen bezweifeln, wächst ständig. Noch vermag sich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel durch diverse politische Tricks eine Mehrheit für die zweifelhaften Massnahmen zu sichern, aber die Front bröckelt. **Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten dürfte die Aufgabe, die EU-Staaten auf Linie zu halten, noch schwieriger machen.** Nun bringt sich Rom in Stellung, um im neuen Ost-West-Konflikt zu vermitteln.

Italien möchte als Vermittler (zwischen den westlichen Staaten und Russland) agieren, da Trump ein Neuling auf der politischen Bühne ist. «Das ist etwas, das Rom schon getan hat», erklärte Politikwissenschaftler Fulvio Scaglione im Gespräch mit Sputnik. «Die Regierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Matteo Renzi hatte klargestellt, dass sie mit den Sanktionen nicht zufrieden war. (Die Sanktionen) sind kostspielig und ineffizient. **Russland hat auf besonnene Weise seinen eigenen Kurs eingeschlagen.**»

Italiens Regierung gilt als Gegner der EU-Sanktionen, da italienische Unternehmen in den Jahren zuvor enge Kontakte nach Russland aufgebaut hatten. Die wirtschaftlichen Massnahmen würden das ohnehin kriselnde Land weiter schwächen. Renzi konnte im Oktober verhindern, dass die EU weitergehende Sanktionen gegen Moskau verhängte.

Scaglione zufolge sei Italien in der Lage, in der Zeit seines Vorsitzes der G7 «viel zu tun». Rom hat am 1. Januar dieses Jahres den Vorsitz der G7-Staaten übernommen. Italiens neuer Ministerpräsident Palazzo Chigi hatte am 29. Dezember erklärt, dass eine seiner Prioritäten für den G7-Vorsitz sei, die Beziehungen zu Moskau zu verbessern.

Die nächste G7-Konferenz in der italienischen Stadt Taormina im Mai dieses Jahres werde laut Scaglione nicht wie die bisherigen verlaufen: «Das wird die erste Konferenz der Mitgliedsstaaten sein, die eine Gelegenheit bieten wird, die Fähigkeiten, Ideen und spezifischen Entscheidungen von Donald Trump zu bewerten. [...] Auch die britische Ministerpräsidentin Theresa May, die Regierungschefin des Landes, das sich dazu entschied, die EU zu verlassen, und der neue Präsident Frankreichs werden anwesend sein», betonte der italienische Politik-Experte.

Zugleich stellte Scaglione klar, dass die italienische Regierung zunächst innenpolitische Herausforderungen in den Griff bekommen muss, um von anderen Regierungen ernst genommen zu werden und eine grössere Rolle im Weltgeschehen zu spielen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27546-Italien-will-als-Vermittler-fur-die-Aufhebung-anti-russischer-Sanktionen-fungieren>

## Infrastruktur Syriens wurde seit 2012 systematisch von den USA zerstört

Sputnik; Mi, 04 Jan 2017 13:27 UTC

Washington versucht *«sich für die Zukunft abzusichern»*, weil die USA sich für ihre Handlungen in Syrien verantworten werden müssen, sagte am Mittwoch der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, im Zusammenhang mit den CIA-Vorwürfen, Russland nutze die Taktik der verbrannten Erde.

Dabei erinnerte der Militärsprecher daran, dass die «von den USA angeführte internationale Koalition seit 2012 die Infrastruktur Syriens systematisch zerstört hat, um seine legitime Regierung maximal zu schwächen, und das trotz einer Bedrohung für die zivile Bevölkerung.»

Unter anderem betonte Konaschenkow, **die Luftangriffe der US-geführten Koalition hätten keine Ölobjekte der Terrormiliz Daesh (auch IS, «Islamistischer Staat») getroffen, was dazu geführt habe, dass die Terroristen durch illegalen Ölverkauf monatlich Dutzende Millionen Dollar verdienen und mit diesem Geld Söldner aus der ganzen Welt rekrutieren konnten.**

«Früher oder später wird man sich dafür verantworten müssen. Deshalb wird der Versuch von Herrn Brennan (CIA-Chef John Brennan – Anm. d. Red.), die Zukunft abzusichern, kaum helfen. Die realen Ergebnisse der russischen Handlungen in Syrien sind John Brennan gut bekannt. Speziell für die CIA und ähnliche Sonderbehörden haben wir diese (die Ergebnisse – Anm. d. Red.) im Rahmen eines Abschlusskollegiums des Verteidigungsministeriums Russlands zusammengestellt», so der Sprecher.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27555-Infrastruktur-Syriens-wurde-seit-2012-systematisch-von-den-USA-zerstort>

## Indiens Feldzug gegen das Bargeld – Die USA ziehen die Fäden

6.01.2017 • 06:45 Uhr

**Aus dem Verkehr gezogen: Indiens Regierung erklärte den 1000-Rupien-Schein, neben dem 500er, für ungültig.**

Die Abschaffung der am weitesten verbreiteten indischen Banknoten im November traf vor allem die Armen im Land. Nun zeigt sich: Hinter dem Schock-Experiment stehen einflussreiche Strippenzieher aus Washington, die dem Bargeld weltweit den Kampf angesagt haben.

Die Einrichtung ökonomischer Versuchslabore hat in der US-Politik eine lange Tradition. Als der Neoliberalismus, entwickelt von Milton Friedman und seinen Chicago Boys, auch in der Praxis getestet werden sollte, wurde dem lateinamerikanischen Land Chile die zweifelhafte Ehre zuteil, als Versuchskaninchen für jenes Modell zu dienen, das später zur global dominierenden Wirtschaftsideologie werden sollte.

Mit dem zuvor gewählten chilenischen Präsidenten Salvador Allende wäre das Experiment allerdings nicht durchsetzbar gewesen. Heute ist belegt, wie die CIA den Putsch gegen den Sozialisten orchestrierte und den Militär Augusto Pinochet an die Macht brachte. Pinochet war offen für den Umbau der chilenischen Gesellschaft nach neoliberalen Muster: Privatisierungen, Einstampfen der Sozialsysteme, Senkung der Löhne und weniger Steuern für Reiche. Dass Pinochet nebenbei auch noch zahlreiche politische Gegner foltern und ermorden liess, nahm Washington dabei bewusst in Kauf.

Heute muss die neoliberale Ideologie nicht mehr getestet werden, kaum noch ein Land kann sich der Agenda der Marktkonformität entziehen. Doch längst wurde zudem ein neues ökonomisches Gesellschaftsexperiment erdacht, für das jüngst eine gross angelegte Pilotstudie an lief. Das Projekt lautet Abschaffung des Bargelds und die Rolle, die Chile in den 1970ern innehatte, hat heute Indien übernommen. Anders als im Falle Allendes geht Indiens Premierminister Narendra Modi bei der Durchführung des Versuchs jedoch gerne zur Hand und muss nicht erst weggeputzt werden. Am 8. November 2016 verkündete der Regierungschef im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht die Abschaffung der wichtigsten Banknoten im Land und versetzte der indischen Wirtschaft damit einen Schock.

Einiges wurde bereits geschrieben über Indiens «Feldzug gegen die Korruption», wie vor allem Mainstreammedien den Schritt gerne bezeichnen. Doch wie der Finanzjournalist Norbert Häring recherchiert hat, kommt die Idee eher aus Washington als aus Neu Delhi. Denn nur knapp vier Wochen vor Modis Verlautbarung, dass rund 85 Prozent des in Indien zirkulierenden Geldes fortan wertlos sein werden und dieses nur noch für begrenzte Zeit bei Banken eingezahlt oder getauscht werden kann, verkündete die US-Entwicklungshilfeorganisation USAID in einer Pressemitteilung die Gründung einer Partnerschaft mit Indien, um genau jenes Anliegen umzusetzen. Getauft wurde das Projekt auf den wohlklingenden Namen Catalyst. Schon in der Überschrift der Pressemitteilung heisst es: «USAID startet Catalyst, um das bargeldlose Bezahlen in Indien voranzubringen.»

Der indische Counterpart der Initiative ist keine geringere Behörde als das Finanzministerium des Landes, heisst es weiter. Insgesamt gehören über 35 Organisationen dem Catalyst-System an. Darunter die Better Than Cash Alliance, die Gates Foundation, das Omidyar Network (eBay), die Dell Foundation, Mastercard, Visa und die PMB Metlife Foundation, so der Finanzjournalist. Im Hintergrund vermutet Häring keinen geringeren als den früheren Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds IWF und Chicago Boy auf Milton Friedmans Spuren, Raghuram Rajan.

Wie Häring weiter herausgefunden hat, taucht die verräterische Pressemitteilung zur Gründung von Catalyst jedoch nicht – oder nicht mehr – auf der Übersichtsseite von USAID auf. Nur wer gezielt nach der Meldung sucht, kann sie finden. Bereits Anfang 2016 stellte USAID zudem die Studie «Beyond Cash» vor. Auch hier drehte sich alles um Wege zur Bargeldabschaffung. Nicht besonders erfreut heisst es in der Analyse: «Händler und Konsumenten sind in einem Cash-Ökosystem gefangen, das ihr Interesse [an bargeldlosen Verfahren] hemmt.» Sprich: Wenn bargeldlose Zahlungssysteme expandieren sollen, müssen die Konsumenten zunächst aus ihrem Bargeld-«Gefängnis» befreit werden. Häring sieht es nach den Entscheidungen, die am 8. November in Indien getroffen wurden, als erwiesen an, dass mit einem Überraschungsangriff auf das dortige Bargeldsystem dieses gezielt zerstört werden sollte.

Dass ein solcher Schritt ernsthafte Auswirkungen haben kann, mussten vor allem die Armen in Indien am eigenen Leibe erfahren. Viele einkommensschwache Menschen in Indien verfügen nicht einmal über ein Bankkonto. Die Notwendigkeiten des täglichen Lebens werden fast ausschließlich mit Bargeld bestritten. Besonders wichtig sind dabei der nun eingestampfte 1000-Rupien-Schein, der in etwa einem Gegenwert von 13 Euro entspricht, und der 500-Rupien-Schein, der nun ebenfalls aus dem Verkehr gezogen wird.

Mit dem Entzug des wichtigsten Zahlungsmittels des Landes wurde auch den kleinen Händlern und Gewerbetreibenden ein schwerer Schlag versetzt. Lieferungen können nicht mehr bezahlt werden, überall kommt es zu Engpässen, das Land steht am Rande des Chaos. Hinzu kommen lange Schlangen und teils Tumulte vor den Bankfilialen, die vom Ansturm der vielen Menschen überfordert sind, die versuchen, ihr Geld in noch gültige Banknoten umzutauschen.

Begründet hat Indiens Premier Modi den Schritt im übrigen mit denselben Argumenten, die hierzulande schon erhalten mussten, um die Abschaffung des 500-Euro-Scheins oder das Verbot von Barzahlungen jenseits der 5000-Euro-Marke voranzutreiben. Es gehe natürlich nur um den Kampf gegen Korruption und Steuerhinterziehung, so die Begründung. Dass im gleichen Atemzug einzelne Gemeinden jedoch bereits zum «bargeldlosen Dorf» erklärt wurden, sollte ebenso zu denken geben wie die Verstrickungen US-amerikanischer Anti-Bargeld-Initiativen in die Angelegenheit. Wenig Scham kennt Modi auch, wenn er kurz nach der Abschaffung der Scheine schicke Apps zum digitalen Bezahlen vorstellt. Kein Zweifel: Hier soll ein Geldsystem umgebaut und möglichst weitführend digitalisiert werden. Jedoch nicht zum Selbstzweck, sondern als grosser Menschenversuch, bevor die Agenda im globalen Massstab angewendet werden wird.

Der Besitz von Gold, welches neben Silber traditionell die Rolle als Krisenwährung einnimmt, wenn staatliche Systeme versagen, wurde kurz nach Modis Bargeldreform ebenfalls stark reglementiert. Zwischen 100 und 500 Gramm dürfen Inder künftig nur noch besitzen, zudem können Beamte leichter vermeintlich nicht versteuertes Edelmetall konfiszieren. Ein weiteres sicheres Zeichen dafür, dass der Zahlungsverkehr in Indien möglichst nur noch elektronisch vonstatten gehen soll.

Für die zahlreichen Kritiker der Anti-Bargeld-Agenda ist die Frage nach Schein oder Bytes nicht bloss eine Geschmacksfrage. Mit dem Ausbau digitaler Bezahlssysteme geht auch der Ausbau weiterer Überwachungsmöglichkeiten seitens des Staates oder durch Unternehmen einher. Der Verbraucher wird zum gläsernen Kontosklaven, jede Transaktion wird bis in alle Ewigkeit gespeichert. Oppositionellen kann recht einfach der Saft abgedreht werden, die Schlinge der Totalüberwachung wird fester gezogen. Bargeld hingegen bedeutet immer auch ein Stück Freiheit, so die Verteidiger der Banknoten und Münzen. Eine Freiheit, die der indischen Bevölkerung genommen wurde, wobei gleichzeitig viel Leid angerichtet wurde. Da grössere Gegenwehr in der

Bevölkerung bislang jedoch ausgeblieben ist, kann das Experiment aus Sicht der Versuchsleiter wohl als Erfolg gewertet werden.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/wirtschaft/45046-indiens-feldzug-gegen-bargeld-usa/>

## **Anschläge in Paris und Brüssel: Polizei liess Terroristen gewähren, obwohl sie unter Beobachtung standen**

*Sputnik; Fr, 06 Jan 2017 16:04 UTC*

*Die belgische Polizei hat die Möglichkeit gehabt, die Zelle des sogenannten Islamischen Staates (IS, auch Daesh; Anm. Islamistischen Staates) auszuheben, die hinter den Anschlägen von Paris und Brüssel steht. Das berichtet die US-Zeitung «Wall Street Journal» unter Berufung auf einen vertraulichen Bericht des Komitees zur Kontrolle der Polizei.*

Laut dem Dokument vom September 2016 verfügte die belgische Polizei durchaus über Informationen, laut denen die Brüder Abdeslam, mutmassliche Terroristen aus dem Brüsseler Bezirk Molenbeek, mit anderen terrorverdächtigen Personen in Verbindung standen.

Aus dem Bericht geht ausserdem hervor, dass die Brüsseler Polizei Ibrahim Abdeslam Anfang 2015 wegen Drogenbesitzes verhaftet und nach einem Verhör wieder freigelassen hatte. **Zu diesem Zeitpunkt war der Mann bereits von Anti-Terror-Behörden beobachtet worden. Sein Bruder Salah Abdeslam wurde nicht einmal von den Geheimdiensten geprüft, nachdem er sein Foto in sozialen Netzwerken gegen die Abbildung der IS-Flagge getauscht hatte.**

Am 13. November 2015 hatten drei koordinierte Terrorgruppen eine Serie von Anschlägen in Paris und im Vorort Saint Denis verübt. Die Explosionen forderten 130 Tote und mindestens 350 Verletzte.

Am 22. März 2016 wurde der Brüsseler Flughafen von zwei Explosionen erschüttert. 14 Menschen wurden dabei getötet und etwa 100 verletzt. Die beiden Täter, der 29-jährige Ibrahim el-Bakraoui und der 24-jährige Najim Laashraoui, haben sich in die Luft gesprengt.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27601-Anschlage-in-Paris-und-Brussel-Polizei-lieSs-Terroristen-gewahren-obwohl-sie-unter-Beobachtung-standen>

## **Krieg gegen die Meinungsfreiheit Establishment bläst zum Endkampf gegen rechts**

*Der Freitags-Kommentar vom 6. Januar 2017, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»*

Der Aufschwung konservativer Ideen im deutschsprachigen Raum erschüttert das Establishment in seinen Grundfesten. Denunziationen, Verleumdungs-Kampagnen und Inserat-Boykotte – die Eliten und ihre Stosstrupps führen ihren Abwehrk(r)ampf «gegen rechts» immer hilfloser, grotesker und bedrohlicher.

Angesichts steigender Umfragewerte für die AfD in Deutschland und des sich seit Monaten abzeichnenden Meinungsumschwungs zugunsten rechts-konservativer Positionen, zittern alle jene um ihre Pfründe, die es sich in der Merkel-Republik gemütlich machen konnten: Die Polit-Kaste der beim Volk zunehmend in Ungnade fallenden Alt-Parteien, der Journalisten-Kuchen der Einheitsmedien und die vielen Profiteure der Asyl- und Migrations-Industrie.

### **Repression statt Reflektion**

Statt sich inhaltlich mit der Kritik sog. «Wut-Bürger» und bürgerlich-konservativer Oppositioneller auseinanderzusetzen, eigenes Versagen zuzugeben oder ihre bisherigen Dogmen zumindest kritisch zu hinterfragen, kennen sie nur eine Antwort: Repression! Dabei reicht es nicht mehr aus, diejenigen, die den Gottesdienst der politisch korrekten Realitäts-Zurechtbiegung stören, «bloss» als Ketzler zu behandeln und sie von jeglicher Mitbestimmung auszuschliessen.

Es ist auch nicht mehr genug, dem Volk unentwegt einzutrichtern, dass «rechts automatisch gleich rechtsextrem gleich böse» ist – diese Masche zieht nicht mehr, da weiten Teilen des Volkes längst aufgefallen ist, dass diese «unsäglichen Rechten» erstaunlich oft recht haben und eigentlich ganz und gar vernünftige Standpunkte vertreten, die äussern zu dürfen in einer demokratischen Gesellschaft eigentlich das Normalste der Welt wäre.

### Ziel: ‹Vernichtung›

Nein, in Zeiten, da dem links-internationalistischen Establishment die Felle spürbar davonschwimmen, reicht es nicht mehr aus, ‹die Störenfriede von rechts› gesellschaftlich auszugrenzen und zu ignorieren. Sie müssen vielmehr richtiggehend vernichtet werden. So zielen neuste Methoden gezielt darauf ab, die wirtschaftliche Existenz und die persönliche Ehre von Menschen zu zerstören, die sich auf bürgerlich-konservativer Basis journalistisch oder politisch betätigen.

Angesichts starker Leserverluste im zweistelligen Prozentbereich, mit denen sich eine ganze Reihe einst angesehener Zeitungen konfrontiert sehen, richtet sich der Zorn ihrer Zudiener auf jene Alternativ-Medien, die stattdessen bedeutenden Zuwachs verbuchen. Eines dieser Medien ist das Internetportal ‹Achse des Guten› (über eine halbe Million Leser), auf dem vorwiegend aus liberal-konservativer Optik verfasste Standpunkte publiziert werden. Zu den Autoren gehört unter anderen der renommierte deutsche Journalist Henryk M. Broder.

### Boycott-Aufrufe

Ein führender Mitarbeiter der angesehenen deutschen Kommunikations-Agentur ‹Scholz & Friends›, die mitunter Mandate für die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission ausübt und die Inserat-Verwaltung zahlloser Unternehmen ausführt, rief eine Kampagne ins Leben, welche direkt auf die wirtschaftliche Grundlage der ‹Achse des Guten› abzielt. Der als ‹Strategy Director› für ‹Scholz & Friends› tätige Mitarbeiter Gerald Hensel lancierte den Aufruf ‹Kein Geld für rechts›, der sich explizit an alle werbetreibenden Firmen richtet und sogleich von mehreren Branchen-Kumpanen unterstützt wurde.

Das Ziel dieses verklusulierten Boycott-Aufrufs ist es, auf als rechts gebrandmarkten Portalen werbende Unternehmen öffentlich unter Druck zu setzen. So formuliert Hensel in seinem Aufruf: *«In meiner kleinen blöden Welt herrscht Meinungsfreiheit. Zweifellos sind Seiten wie (...), die Achse des Guten (...) legale Medien. Dennoch kann man Marken natürlich mal fragen, ob sie (...) wissen, dass ihre Banner auf entsprechenden Seiten stehen und dort ihre Marke repräsentieren. (...)»* Wenngleich Hensel und Konsorten offen die Parole ‹Kauft nicht bei Rechten!› ausrufen, vermeiden sie es natürlich tunlichst, zu definieren, was sie denn unter ‹rechts› verstehen. Sie geben vor, Hetzseiten bekämpfen zu wollen, betreiben aber selber übelste Gesinnungshetze.

Von dieser politisch motivierten Strafmassnahme ebenfalls hart getroffen wird das auf Anzeigen angewiesene liberal-konservative Meinungsmagazin ‹Tichys Einblick›, das vom Journalisten und Vorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung Roland Tichy gegründet wurde. Auch wenn ‹Strategy Director› Gerald Hensel bestreitet, dass seine ‹Kein Geld für rechts›-Kampagne ein Boycott und vielmehr ‹eine Aktivierung› sei, verursacht diese ‹Aktivierung› bei ihren Opfern schmerzhaft Einbussen. ‹Tichys Einblick› berichtet von ‹stapelweise E-Mails› mit Anzeigenstornierungen. Hensels Kampagne sei ein Angriff auf das ‹liberal-konservative Bürgertum›. Treffend wird festgehalten, es gehe jetzt ‹ums Ganze›.

### Von Denunzianten und ‹Schwarzen Listen›

Dirk Maxeiner, der Herausgeber der ‹Achse des Guten›, berichtete Mitte Dezember 2016 ebenfalls von einschlägigen Erfahrungen: *«Vergangenen Freitag bat uns unsere Anzeigenagentur um einen Rückruf. Es waren dort stapelweise Emails von Agenturen und Unternehmen eingegangen, die ihre Anzeigen nicht mehr auf der ‹Achse des Guten› platziert sehen wollten. Nicht ein paar der bisherigen Kunden. Alle. Wir sind jetzt ‹blacklistet›, so nennen sie in den Agenturen ganz ungeniert das Anlegen von schwarzen Listen. Ein ähnlicher Vorgang bei ‹Tichys Einblick›. Hier sind es einige der grossen Namen der deutschen Industrie.»*

Entdecken die Denunzianten eine Firma, die beispielsweise bei der ‹Achse des Guten› wirbt, läuft das dann in der Praxis so ab: Der Managing Partner Tapio Liller von der Agentur Oseon wendet sich auf Twitter direkt an den deutschen Energiekonzern innogy: *«Sagt mal, @innogy, als nagelneue Marke wollt ihr wirklich auf einem neurechten Onlinemagazin werben?»* Weder wird ein Beleg noch irgendein diese Schubladisierung rechtfertigendes Beispiel genannt. Offenbar aus Angst, in der Öffentlichkeit als Unterstützer gefährlicher rechter Umtriebe abgestempelt zu werden, antwortet die Firma innogy umgehend, scheinbar völlig eingeschüchtert: *«Danke für den Hinweis. Das ist ohne unser Wissen geschehen. Wir haben die Agentur schon angewiesen, es sofort zu stoppen.»* Von Zivilcourage oder Bekenntnis zur Meinungsfreiheit keine Spur ...

### Abgang des Denunzianten

Henryk M. Broder kommentiert diese Masche wie folgt: *«Das ist der kurze Dienstweg in Merkels postfaktischem Neuen Deutschland. Ein klebriger Denunziant und eine Firma, die sich sofort in den Staub wirft, aus Angst, ebenfalls als ‹neurechts› denunziert zu werden.»* Boykotte können eben nur Erfolg zeitigen, wenn genügend rückgratlose

Opportunisten das Spiel mitmachen. Immerhin löste Gerald Hensels – von seinem Arbeitgeber zunächst achselzuckend hingenommener – Boykott-Aufruf derart grossen Widerstand aus, dass der Denunziant «Scholz & Friends» kurz darauf verliess. Er wolle seinen Arbeitgeber «aus der Schusslinie nehmen», begründete Hensel seinen angeblich freiwilligen Abgang. Es besteht also noch Hoffnung, dass doch noch Teile der bürgerlichen Zivilcourage intakt sind – wenngleich der angerichtete Schaden schwer wiegt und die «Kein Geld für rechts»-Kampagne mit beträchtlichem Aufwand fortgesetzt wird.

### Dubiose «Nazijäger»

Nebst organisierter Kampagnen, welche den wirtschaftlichen Ruin Andersdenkender anstreben und von einflussreichen Kreisen gedeckt werden, verfolgen Stiftungen und Plattformen – teils mit staatlicher Unterstützung – die Strategie, unter dem Banner seriöser Aufklärungsarbeit bürgerlich-konservative Medien und Einzelpersonen systematisch in die Nazi-Schmuddel-Ecke zu drängen, um deren gesellschaftlichen Ruf zu ruinieren. Eine dieser Plattformen nennt sich «Netz gegen Nazis», die vorgibt, Rechtsextremismus zu bekämpfen, diesen Kampf aber – sagen wir mal – etwas eigenartig interpretiert.

Bemüht um einen professionellen und seriösen Anstrich, betont die Seite ihre Partnerschaft mit der «Zeit», sowie dem Deutschen Fussball-Bund. «Netz gegen Nazis» ist ein Projekt der Amadeu-Antonio-Stiftung, deren Tätigkeit teilweise in hohen Summen von der deutschen Bundesregierung finanziert wird. Jan Fleischhauer beschreibt die Plattform auf «Spiegel Online» passend: ««Netz gegen Nazis» ist so etwas wie das Wikipedia für Nazijäger. Wer die «Zeit» an seiner Seite hat, ist als Antifaschist über jeden Zweifel erhaben.»

### Internet-Pranger

Die Amadeu-Antonio-Stiftung, deren Vorsitzende einst für die Stasi spitzelte, ist auch in die Pläne von Justizminister Heiko Maas (SPD) involviert, die ein umstrittenes Gesetz gegen «Hass-Reden» und «Fake News» vorsehen, was das Ende der freien Meinungsäusserung zur Folge hätte. Das «Wahrheitsministerium» aus George Orwells Roman «1984» lässt grüssen.

Die Stiftung gefällt sich sehr darin, sich als Hüterin des guten Glaubens zu inszenieren und die Gesellschaft zu kategorisieren. «Netz gegen Nazis», das als objektive Quelle vielerorts direkten Zugang zu Schulen findet, führt auch gerne Listen, wo die bösen Jungs an den Pranger gestellt werden. Eine dieser Listen heisst «digitale Hass-Quellen» und führt dort neben bürgerlich-konservativen Seiten wie «Tichys Einblick» auch die libertäre Zeitschrift «Eigentümlich frei» auf.

### Sogar Roger Köppel im Visier

Die Plattform, die sich auf den ersten Blick als Aufklärerin gegen Extremismus und politisch motivierte Gewalt verkauft, macht sich keine Mühe, zwischen Konservativismus, «Rechtspopulismus» oder Extremismus zu unterscheiden. Im Gegenteil: Sie führt gar eine Kategorie, die vor «rechtspopulistischen Websites» warnt. Diese Warnliste, die man im Internet nur mit einem Passwort einsehen kann, liest sich wie das «Who is Who» jeglicher politischen Seiten, die Meinungen fernab des links-dominierten Medien-Mainstreams kundtun. Darunter ist zum Beispiel auch die persönliche Internetseite von «Weltwoche»-Chef und SVP-Nationalrat Roger Köppel ([www.rogerkoepfel.ch](http://www.rogerkoepfel.ch)).

Es ist ein Skandal erster Güte: Eine Plattform, die sich der Zusammenarbeit mit der angesehenen «Zeit» rühmt und deren Betreiberin teilweise Gelder vom deutschen Steuerzahler bezieht, rückt mit Roger Köppel unter dem Vorwand der Extremismus-Bekämpfung einen anerkannten Journalisten und gewählten Volksvertreter absichtlich in die rechtsradikale Schmuddel-Ecke – mit dem Effekt, dessen Ruf nachhaltig zu beschädigen. Von wegen «Netz gegen Nazis!» Hier geht es vielmehr darum, das Ansehen nicht genehmer Persönlichkeiten zu besudeln.

### Krampfhaftes Hysterie

Die Nazi-Hysterie hat in Deutschland längst krankhafte Dimensionen angenommen. Im sächsischen Landkreis Zwickau erleben seit Ende 2016 so manche Fahrzeughalter eine böse Überraschung. Auto-Kennzeichen, die jahrelang genutzt worden sind, müssen nun eingezogen werden, wenn sie bestimmte Zahlen- oder Buchstabenkombinationen enthalten, die vom Landratsamt auf den Index gesetzt worden sind. So das Kennzeichen «GC RT 28» des ehemaligen Theater-Intendanten Volker Krüger aus Glauchau. Die Behörden stören sich an der Zahl «28», die für den Nazi-Code «Blood and Honour» (Blut und Ehre) stehen soll – B ist der 2. Buchstabe des Alphabets und H der 8. Buchstabe.

Auf einem Hamburger Weihnachtsmarkt wurde im Dezember an einem Kinderkarussell das Kennzeichen «HH 88» entdeckt und eingezogen. Das Kennzeichen 88 soll für «Heil Hitler» stehen. Nur: Der Eigentümer besitzt das Nummernschild schon seit sechzig Jahren und hatte keine Ahnung, welche heikle politische Botschaft es angeblich aussenden soll. Pikantes Detail am Rande: Die Telefonnummer der Amadeu-Antonio-Stiftung enthält ebenfalls die Doppel-Acht. Hurra, wir verblöden!

07.01.2017, 19:43 von Anian Liebrand

Quelle: [http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/krieg\\_gegen\\_die\\_meinungsfreiheit-2966](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/krieg_gegen_die_meinungsfreiheit-2966)

## Die massive Verrohung Deutschlands durch Migranten ist durch Zahlen belegt: 214 600 Straftaten durch Eindringlinge von Januar bis September 2016 (BKA)

PI, 07. Jan 2017



NWO-Politikerin und Volksbelügnerin Merkel:

«Offenheit wird uns mehr Sicherheit bringen als Abschottung ...»

Laut der Studie «Kriminalität im Kontext von Zuwanderung» des Bundeskriminalamtes (BKA) wurden von Januar bis September 2016 214 600 Straftaten sogenannter «Zuwanderer» registriert – das sind rund 800 pro Tag. Besonders kriminell taten sich dabei Personen aus den Maghreb-Staaten (Nafri) und aus Georgien hervor. Der Schwerpunkt liege bei Vermögens-, Fälschungs-, Diebstahl- und Rohheitsdelikten sowie Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Dabei war der Anteil der Tatverdächtigen sehr viel höher als ihr Anteil an der Gruppe der Zuwanderer. Das gleiche Bild ergebe sich bei Staatsangehörigen aus Gambia, Nigeria und Somalia.

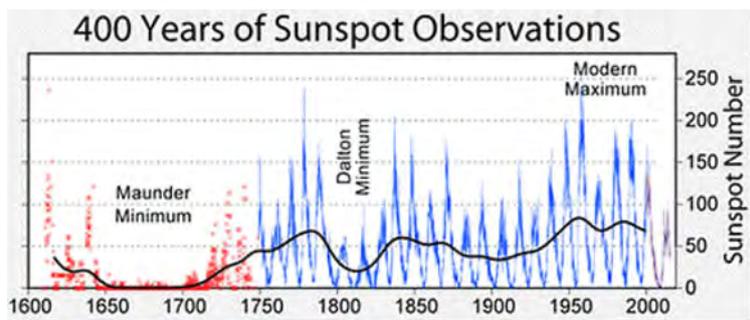
Im selben Zeitraum wurden 366 Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Eindringling Opfer oder Täter war. In 278 Fällen waren sowohl Opfer als auch Täter «Zuwanderer», heisst es im Papier.

Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2017/01/10/die-massive-verrohung-deutschlands-durch-migranten-ist-durch-zahlen-belegt-214-600-straftaten-durch-eindringlinge-von-januar-bis-september-2016-bka/>

## Wenn der Golfstrom und Jetstream kollabieren: Wissenschaftler warnen vor Eiszeit-Apokalypse

Mary Papenfuss; Huffington Post; Sa, 07 Jan 2017 06:17 UTC

- Forscher warnen davor, dass der Klimawandel lebenswichtige Meeresströmungen im Atlantik zum Kollabieren bringen könnte.
- Sollten die Strömungen zum Stillstand kommen, hätte das eine starke Abkühlung in Europa und in Nordamerika zur Folge.
- Eine neue Studie kommt zu besorgniserregenden Ergebnissen



© Wiki

Der Klimawandel könnte so extrem werden, dass er lebenswichtige Meeresströmungen im Atlantik zum Kollabieren bringen könnte. Eine eisige neue Wirklichkeit wäre die Folge, warnen Wissenschaftler in einer Studie. Die Meridionale Umwälzzirkulation, auch globales Förderband genannt, transportiert warmes Wasser aus den Tropen in den Nordatlantik. Sie reguliert dadurch das Klima und Wetter weltweit. Wenn das globale Förderband Wärme in die Luft entlässt, sinkt das kühle Wasser nach unten und fließt in die Tropen zurück – und der Vorgang wiederholt sich.

Aber Wissenschaftler fürchten, dass die Meeresströmungen ihre Aufgaben in Zukunft nicht mehr erledigen können. Ihre Prognose: Durch den Klimawandel wärmt sich die Luft im Norden auf, so dass die Wärme im Wasser nicht mehr an die Luft abgegeben werden kann. Das globale Förderband käme zum Stillstand.

### Wie **«The Day After Tomorrow»**

«Es ist ein bedeutender Akteur im Klimasystem, wichtig für Europa und Nordamerika», sagt der Wissenschaftler Tom Delfworth der Wetterbehörde der USA gegenüber dem Online-Portal **«The Verge»**.

Das Untergangsszenario erinnert an die Geschichte des Sci-Fi-Films **«The Day After Tomorrow»**. Darin verwandelt der Kollaps einer Meeresströmung Nordamerika und Europa innerhalb weniger Wochen in eine eisige Ödnis.

Die Gefahr wurde in einer aktuellen Studie unter anderem von Wei Liu, Wissenschaftler an der Universität Yale enthüllt. Sie wurde im Wissenschaftsjournal **«Science Advances»** veröffentlicht. Darin berechnet Liu, dass das globale Förderband innerhalb von 300 Jahren zum Stillstand kommen werde, wenn der CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre 710 ppm (parts per million) übersteigt. Letzte Woche lagen die Werte bei 405 ppm.

### Veränderungen auch in anderen Teilen der Welt

Laut der Studie von Liu gibt es bereits Hinweise, dass sich das globale Förderband verlangsamt. **Ein Stillstand würde eine «bedeutende Abkühlung» des Nordatlantiks und eine «bemerkenswerte Ausbreitung des Meereises» auslösen.** Ausserdem würde die normale Regenzone der gemässigten Zonen deutlich in Richtung Süden verdrängt werden.

Das Modell von Liu sagt auch Störungen in anderen Teilen der Welt voraus. Ohne kaltes Wasser, das sich nach Süden bewegt, deutet das Szenario darauf hin, dass sich südlich des Äquators das Klima stärker erwärmt. Das würde zu mehr Regen in Regionen wie dem Nordosten Brasiliens und weniger Regen in Zentralamerika führen. Das Modell prognostiziert zudem, dass das Meereis im antarktischen Meer zurückgehen wird.

### Ohne dieses Modell werde eine korrekte Prognose verhindert

Wei Liu warnt davor, dass die Brüchigkeit der Meridionalen Umwälzzirkulation bisher bei Modellen zum Klimawandel übersehen wurde. «Die Bedeutung unserer Studie liegt darin, dass wir eine systematische Voreingenommenheit in aktuellen Klimawandel-Modellen aufzeigen, die eine korrekte Prognose des Klimas verhindern», sagt er in einer Stellungnahme.

Die Bedenken zur Meridionalen Umwälzzirkulation sind «eine sehr provokante Idee», sagt der Co-Autor der Studie, Zhengyu Liu von der Universität Wisconsin-Madison. «Für mich ist es eine 180-Grad-Wende, denn ich dachte vorher wie jeder andere», fügte er hinzu. Damit bezog er sich auf seine früheren Ansichten, dass die Meridionale Umwälzzirkulation relativ stabil bleiben würde – ungeachtet der Auswirkungen des Klimawandels. *Dieser Artikel erschien zuerst auf der Huffington Post USA und wurde von Leonhard Landes ins Deutsche übersetzt.*

Quelle: <https://de.sott.net/article/27617-Wenn-der-Golfstrom-und-Jetstream-kollabieren-Wissenschaftler-warnen-vor-Eiszeit-Apokalypse>

### Nach Berlin-Anschlag, Union legt in der Beliebtheit zu

Sonntag, 8. Januar 2017, von Freeman um 12:05

Laut neuester Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Emnid hat die CDU/CSU an Wählergunst deutlich zugelegt. Die Union sei bei den Deutschen so beliebt wie seit einem Jahr nicht mehr. Im aktuellen Sonntagstrend kommen CDU/CSU auf 38 Prozent. Zuletzt erreichte die Union am 16. Januar 2016 den gleichen Wert. Auch die SPD steigt in der Wählergunst, und zwar um einen Zähler auf 22 Prozent. Dafür verliert die AfD einen Punkt und kommt auf 12 Prozent. Die Linke (9 Prozent) und FDP (5 Prozent) verlieren jeweils einen Prozentpunkt. Die Grünen liegen unverändert bei 10 Prozent, die Sonstigen bei 4 Prozent.



«Je mehr Scheisse ich baue, je beliebter werde ich ... hi hi!»

Sieht so aus, als ob der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt von Berlin die Beliebtheit von Merkel in der deutschen Bevölkerung gesteigert habe. Paradox, denn man würde meinen, genau das Gegenteil müsste passieren. Aber wer steckt schon in den Köpfen der Deutschen? Hitler war ja auch kurz vor dem «Endsieg» am beliebtesten.

Das heisst, noch zwei oder drei Terroranschläge und die Union liegt bei 50 Prozent, bekommt die absolute Mehrheit und kann alleine regieren. Jetzt verstehe ich, warum Merkel zum 4. Mal kandidiert. Sie kennt ihre Pappenheimer am besten und weiss, je tiefer die Deutschen in der Scheisse hocken, je beliebter wird sie.

Völlig irrational, aber so reagieren die Deutschen offensichtlich. Der Lenkerin, die sie in den Abgrund fährt, halten sie nibelungenmässig die Treue. «Never change a losing team» heisst der abgewandelte Spruch. Dann habe ich also doch recht mit meiner Kritik an den Deutschen. Die wollen es so haben.

Bereits im Februar 2011 habe ich den Artikel geschrieben «Deutsche nicht für die Selbstregierung geeignet». Sie müssen deshalb entmündigt und durch ein verantwortlicheres Volk ersetzt werden!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/01/nach-berlin-anschlag-union-legt-in-der.html#ixzz4VFl4cWoP>

### Informationen der FIGU hierzu:

Nach Angaben der Plejaren liegt die Zahl der eingewanderten Terroristen, Kriminellen, Scheinasylanten usw. in ganz Europa bei ca. 131 400 Personen.

Wie viele Verbrechen und Straftaten durch sie verübt wurden, darüber gibt es keine Abklärungen. Die Überwachung von Seiten der zuständigen Behörden war und ist bis jetzt immer noch völlig unzureichend.

### Kontaktberichtsatzung vom 1. Januar 2017

**Ptaah** In bezug auf die Kriminellen und Gewaltverbrecher, die sich in alle Staaten Europas eingeschlichen haben, weisen unsere Registrierungen für das ganze Jahr 2016 eine Gesamtanzahl von 131 476 Personen auf, die jedoch tatsächlich über alle Staaten Europas verteilt sind, wovon auch die Schweiz betroffen ist. Diese Zahl bezieht sich hauptsächlich auf legale und illegale kriminelle Einwanderer aus diversen afrikanischen, arabischen und asiatischen, wie auch aus süd- und osteuropäischen Ländern, wobei von uns allein in Deutschland 102 108 registriert wurden und in der Schweiz deren 916. Die restliche Anzahl ist auf alle Staaten der EU-Diktatur verteilt. Sonstige Scheinflüchtlinge, wie Wirtschaftsflüchtlinge und derartige, die nur um eine finanzielle Hilfe nachsuchen wollen, sind in unseren Registrierungen nicht enthalten, denn wenn sie weder kriminell noch gewaltverbrecherisch sind, dann sind sie in bezug darauf für unsere Abklärungen nicht von Bedeutung. ...

### Deutschland:

#### Bürger werden wegen Merkels Flüchtlingspolitik gnadenlos zur Kasse gebeten

Veröffentlichungsdatum: 10 01 2017, 01:04; Via RT Deutsch

Sie wollten etwas Gutes tun und werden nun im Stich gelassen. Über 21 500 Syrer kamen dank Aufnahme-programmen nach Deutschland. Weil Privatbürger für die Kosten bürgten. Obwohl die Flüchtlinge mittlerweile anerkannt sind, müssen viele Helfer weiterhin zahlen.

Vielleicht war es ja nur ein Versprecher. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Bundespressekonferenz am 31. August 2015 ihr berühmtes «Wir schaffen das!» in die Welt setzte, fühlten sich viele Bundesbürger in ihrer

Hilfsbereitschaft bestätigt. Doch vielleicht hätte es eher heissen sollen: Ihr schafft das! Denn viele Flüchtlingspaten fühlen sich mittlerweile getäuscht und hinters Licht geführt.

Dabei bedurfte es gar nicht erst gewichtiger Worte der Bundeskanzlerin und offener Grenzen, um die Deutschen zum Helfen zu animieren. Schon 2013 entstanden Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge in den Bundesländern. Alle bis auf Bayern machten mit. Der humanitäre Gedanke dahinter: Flüchtlinge aus Syrien sollten im Rahmen der Familienzusammenführung legal nach Deutschland einreisen können.

Dass am Ende über 21 500 Syrer nach Deutschland kommen konnten, ist jedoch vor allem privaten Initiativen zu verdanken, denn auch Humanität kostet Geld. Neben Flugtickets und Visagebühren kommen noch zusätzliche Kosten für Miete und Unterhalt im Gastland hinzu. Die syrischen Familienangehörigen, die schon in Deutschland lebten, konnten die finanziellen Belastungen nicht alleine stemmen. So kam es in vielen Bundesländern zu Bürgschaften von deutschen Helfern für die in Deutschland lebenden syrischen Familienangehörigen.

Viele Helfer unterschrieben, weil ihnen von offiziellen Stellen zugesichert wurde, dass die Verpflichtungserklärung mit der Anerkennung des Asylantrags der Flüchtlinge ende. Doch nun gibt es ein böses Erwachen. Immer mehr Helfer bekommen Post von Jobcentern quer durch die Republik. Zwar bekommen die anerkannten Flüchtlinge nun Sozialleistungen, doch die Behörden holen sich das Geld von den Bürgen wieder zurück.

Nicht alle Flüchtlingspaten haben nur für einen Angehörigen gebürgt. In einigen Fällen sind es bis zu fünf oder sechs. Da kommen plötzlich horrenden Summen zusammen. Einige Helfer sind mittlerweile sogar verschuldet. Schuld sind Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern. Und zum Teil unterschiedliche Gesetzeslagen in den einzelnen Bundesländern und Kommunen.

Der Streit zwischen Bund und Ländern entbrennt über die Frage, wann die Verpflichtungserklärung der Helfer endet. Den Bürgen wurde seinerzeit von den Bundesländern mitgeteilt, dass die Verpflichtungserklärung nach dem erfolgreichen Asylverfahren endet. Mit der Asylanerkennung hätten die Flüchtlinge Anspruch auf Sozialhilfe, also Mittel, die Jobcenter aus Bundesgeldern zahlen. Daher gingen alle finanziellen Verpflichtungen auf den Bund über.

Der Bund wiederum verweist auf die Verpflichtungserklärung, die keine Haftungsbeschränkung beinhaltet. Mit anderen Worten: Die Bürgen müssten auch nach erfolgreich abgeschlossenem Asylverfahren weiterzahlen. Deswegen verlangen die Jobcenter nun die ausgezahlten Leistungen von den Bürgen zurück.

Ein weiterer Grund, warum sich der Bund querstellt, mag die Verstimmung über das Verfahren der Bundesländer sein. Das Bundesinnenministerium hat nie einen Hehl über seine Verärgerung gemacht, wenn es um die Aufnahmeprogramme der Länder ging. Der Vorwurf: Die Länder stellten den Flüchtlingen Visa aus und würden sie damit de facto als Asylanten anerkennen. Und der Bund solle dann zahlen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die unterschiedliche Rechtslage in den Bundesländern. So lehnte das Bundesland Hessen den Verfall der Verpflichtungserklärungen mit der Begründung ab, dass seit Juli 2016 eine neue Rechtslage vorliege. Danach müssen dort nun Bürgen fünf Jahre für Flüchtlinge einstehen. Dass damit ein neues Gesetz rückwirkend angewendet wird, komplettiert nur das ohnehin schon verworrene Bild.

Doch es wird noch besser: Während zum Beispiel die Bürgen in der hessischen Stadt Giessen zur Kasse gebeten werden, werden die Bürgen in der Nachbarstadt Wetzlar verschont. Der Oberbürgermeister von Wetzlar, Manfred Wagner (SPD), bewertet die Verpflichtungserklärungen der Bürgen aufgrund der früheren Äusserungen von offizieller Seite als erloschen.

Nur die wenigsten Bürgen bereuen ihre Entscheidung. Auch wenn vielen die Worte der Bundeskanzlerin mittlerweile wie blanker Hohn vorkommen.

Quelle: <http://de.news-front.info/2017/01/10/deutschland-burger-werden-wegen-merkels-fluchtlingspolitik-gnadenlos-zur-kasse-gebeten/>

## **Polizeigewerkschaftler Wendt: «Das ist keine Strafjustiz sondern Sozialpädagogik»**

*Epoch Times, Aktualisiert: 10. Januar 2017 21:41*

**«Wenn eine bandenmässig organisierte Räuberbande mit wenigen Monaten auf Bewährung davonkommt, ist das kein Rechtsstaat. Das ist ein Witz und keine Strafjustiz, sondern Sozialpädagogik», kritisiert Polizeigewerkschaftler Rainer Wendt die deutsche Justiz.**

Das neue Jahr ging sogleich mit einer neuen Ausgabe von «Hart aber fair», der Talkshow auf ARD, in eine neue Runde. Das Thema: «Neues Deutschland – bringt Härte gegen Zuwanderer mehr Sicherheit?»

Mit von der Partei unter anderem Grünen-Politikerin Renate Künast und Polizeigewerkschaftler Rainer Wendt. Moderator Frank Plasberg warf zugleich den Ball an Künast, die sich zu den Vorwürfen gegenüber Grünen-

Chefin Simone Peter äussern durfte. Diese hatte die Polizeikontrollen von hauptsächlich nordafrikanisch aussehenden Männern am Silvesterabend in Köln in Frage gestellt und dabei herbe Kritik geerntet.



Rainer Wendt; Foto: über dts Nachrichtenagentur

Künast redete um den heissen Brei herum, ohne konkret Stellung zu beziehen. Peter habe sich bereits entschuldigt, «warum soll ich jetzt noch nachtreten». Der Polizeieinsatz sei gut gewesen, dafür bedanke sie sich – trotzdem müsse man aber solche Einsätze hinterfragen dürfen, das gehöre zur Demokratie und zum Rechtsstaat.

Rainer Wendt, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, hatte in diesem Zusammenhang schon im letzten Jahr seine Zunft immer wieder verteidigt. Jetzt wurde er sichtlich wütend und machte sich Luft: «Polizisten und Polizistinnen in Deutschland sind es leid, dass Teile der Grünen auch nach gelungenen Polizeieinsätzen nichts Besseres zu tun haben, als ihre alten polizeifeindlichen Reflexe rauszuholen und die Polizei erst einmal wüst zu beschimpfen und ihnen Dinge zu unterstellen, die sie nicht getan haben.»

Und weiter: «Wundert mich, dass Sie bei Amri nicht nachfragten, wieso man ihm nicht in die Beine schoss. Da waren Sie vermutlich im Urlaub», spottete er. Künast hatte die Todesschüsse auf einen Attentäter in Würzburg im vergangenen Juli entsprechend kritisiert, sich zum gewaltsamen Tod des Berliner Terroristen Anis Amri aber bislang nicht geäussert.

Nach weiterem heftigem Schlagabtausch ergänzte Wendt: «Ich bin stolz, dass ich nicht zu ihrer Lieblingsgewerkschaft gehöre.»

### Die lachen uns doch ins Gesicht

Die weitere Sendung verlief weniger emotional. «Welt» fasst wie folgt zusammen: CSU-Finanzminister Markus Söder forderte zum Thema eine neue «Sicherheitsoffensive», um Asylmissbrauch und Terrorgefahr zu minimieren. Wir wüssten bis heute nicht, wer alles im Land ist. Und: «Die lachen uns doch ins Gesicht, wenn sie mit zig Identitäten durchs Land reisen. Die Polizei kann nicht mit 30 Leuten einen Gefährder überwachen. Die sollten in Haft genommen oder abgeschoben werden und nicht noch einen Aufenthaltsstatus bekommen. Dafür müssen wir Gesetze ändern.»

Dass das LKW-Attentat von Berlin hätte verhindert werden müssen, darüber waren sich alle einig. «Sein Asylverfahren war beendet, sein Aufenthalt war auf NRW beschränkt, aber alle wussten, dass er unterwegs ist», kritisierte Heribert Prantl von der «Süddeutschen Zeitung» das Vorgehen der Behörden. «Ein Mann mit 14 Identitäten gehört in Haft, keine Frage.» Er forderte eine engere Zusammenarbeit zwischen Justiz, Polizei und Ausländerbehörden und eine Zentralisierung des Verfassungsschutzes.

Wendt verteidigte sich und sagte, dass der Polizei oftmals die Hände gebunden seien, denn die Justiz entscheide über Massnahmen wie Abhören, Überwachung und Abschiebungen. Er wünsche sich wieder lebensnähere Entscheidungen. «Wenn eine bandenmässig organisierte Räuberbande mit wenigen Monaten auf Bewährung davonkommt, ist das kein Rechtsstaat. Das ist ein Witz und keine Strafjustiz, sondern Sozialpädagogik.» (mcd)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/polizeigewerkschaftler-wendt-das-ist-keine-straftjustiz-sondern-sozialpaedagogik-a2020231.html?meistgelesen=1>

## Zum Schutz vor Migrantengruppen: Gehören Panzer und Soldaten in Deutschland bald zum Alltag?

Von Sonja Ozimek; Aktualisiert: 10. Januar 2017 15:00

«Einbrüche, Schlägereien, Sexattacken, Messerangriffe, Morde – viele Städte in Deutschland erleben ein nie da gewesenes Mass der Gewalt. Ganze Stadtteile sind zu unkontrollierbaren Zonen verkommen. Hauptverantwort-

lich für diese Zustände sind Männer aus arabischen Familienclans. Doch Politik und Medien verweigern politisch korrekt den Blick auf die Realität», schreibt der Ex-Polizist und Bestsellerautor Stefan Schubert in seinem neuen Sachbuch «No-Go-Areas – Wie der Staat vor der Ausländerkriminalität kapituliert».

Die Angst vor kriminellen Ausländerbanden in Deutschland nimmt zu. Wie eine aktuelle Emnid-Umfrage zeigt, fühlen sich mehr als die Hälfte der Frauen – knapp 60 Prozent – in der Öffentlichkeit unsicherer als früher. Viele fühlen sich demnach in Deutschland gar nicht mehr sicher. 44 Prozent der Befragten geben die Zuwanderung muslimischer Männer als Hauptgrund an. In der Bundesrepublik gibt es auch immer mehr sogenannte No-Go-Areas, wo sich Frauen und sogar die Polizei nicht mehr hintrauen.

Die von der «Bild»-Zeitung in Auftrag gegebene Umfrage besagt, dass 16 Prozent der 516 befragten Frauen stets einen Pfefferspray dabei haben, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine unterwegs sind. Trotz der hohen Sicherheitsmassnahmen, die es seit den sexuellen Übergriffen in Köln zum Neujahr 2016 gibt, fühlen sich der Umfrage zufolge lediglich zehn Prozent der Frauen sicherer.

Die Zustände in Deutschland entwickeln sich dahin gehend, dass sogar schon Kinder lernen, dass sie auf dem Schulweg bestimmte Gefahrengebiete meiden müssen. Auch erwachsene Männer haben Angst, mit kriminellen Ausländern in Konflikt zu geraten und schauen oft weg, wenn andere angegriffen werden.

### No-Go-Areas – Wie der Staat vor der Ausländerkriminalität kapituliert

Die Entwicklung in Deutschland sieht düster aus. Dies meint auch Ex-Polizist und Bestsellerautor Stefan Schubert. Sein neues Sachbuch «No-Go-Areas – Wie der Staat vor der Ausländerkriminalität kapituliert» bietet eine beunruhigende und politisch nicht korrekte Perspektive.

Vor zunehmender Ausländerkriminalität wurde bereits in anderen Sachbüchern gewarnt. Polizeigewerkschafter Rainer Wendt machte mit seinem Buch «Deutschland in Gefahr» auf die Problematik aufmerksam. Auch «Bild»-Reporter Franz Solms-Laubach zeigte die Probleme der unkontrollierten Zuwanderung in seinem Buch «Das Ende der Sicherheit» auf.

Experten-Warnungen gehen aber oft ins Leere. Denn mittlerweile stehen Polizisten mit Maschinenpistolen auf Volksfesten und Weihnachtsmärkten, um die Bürger zu «schützen». Pfefferspray ist immer öfter ausverkauft und Sicherheitsfirmen erleben boomende Zeiten. Immer mehr Bundesbürger machen den kleinen Waffenschein und besuchen Selbstverteidigungskurse.

Die Bürger passen sich offenbar schon an die zunehmende Unsicherheit in Deutschland an – diese scheint auch nicht mehr aufzuhalten zu sein. Die Ausländerkriminalität nimmt stetig zu und die No-Go-Areas werden immer grösser. Mit seinem Buch «No-Go-Areas – Wie der Staat vor der Ausländerkriminalität kapituliert» macht Stefan Schubert einmal mehr auf das Staatsversagen bei der Bekämpfung dieser Kriminalität aufmerksam.

### Ist dies das Land, in dem wir leben wollen?

Im Gegensatz zu den schon erwähnten Sachbüchern zum Thema von Autoren wie Rainer Wendt und Franz Solms-Laubach «nimmt hier ein Fachmann kein Blatt vor den Mund und pfeift auf die politische Korrektheit», schreibt der Journalist – und selbst Bestsellerautor – Udo Ulfkotte bei «Info-Kopp» über Schuberts Buch.

Ulfkotte zufolge wird im Sachbuch auch erläutert, wie es Migranten schaffen, «Hartz-IV zu beziehen, Porsche zu fahren und 150 000 Euro Bargeld daheim zu horten». Und dabei handle es sich nicht um «Einzelfälle». Der Staat habe gar nicht «die finanziellen Möglichkeiten, um die vielen zugewanderten Kriminellen zu überwachen und gegen sie vorzugehen», zitiert Ulfkotte aus Schuberts Buch. Im Gegenteil: Deutsche Politiker würden die Millionengewinne der Clans sogar schützen.

Das Sachbuch zeige deutlich: «Es gibt immer mehr rechtsfreie Räume, in denen Migrantenbanden bestimmen, welche Gesetze gelten – und der Staat schaut zu. Stefan Schubert beschreibt Zustände, bei denen sich die deutsche Polizei die alten deutschen Rockergruppen wie etwa die Hells Angels wohl zurückwünscht, weil diese wenigstens noch irgendwie berechenbar waren», so Ulfkotte.

Die Migranten hätten sogar die Rockerszene unterwandert und würden sich Bandenkriege liefern. Dabei würden im Hintergrund ausländische Mächte die Fäden ziehen. «Laut Schubert rüstet beispielsweise der türkische Geheimdienst in Deutschland türkische Rockerclubs mit Maschinenpistolen und Handgranaten aus; in Vorbereitung auf den möglichen Bürgerkrieg», schreibt der Journalist.

Wenn die Entwicklung so weitergehe, würden in Deutschland «in 2 Jahren Panzer und Soldaten» auf den Strassen zum Alltag gehören. Und, so Ulfkotte, «die Politik wird behaupten, das alles sei zur Abwehr von zugewandertem Terror und Migrantenbanden völlig «normal». Ist dies das Land, in dem wir leben wollen?»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/zum-schutz-vor-migrantenbanden-gehen-panzer-und-soldaten-in-deutschland-bald-zum-alltag-a2020227.html?meistgelesen=1>

## Verpestet ist ein ganzes Land, wo schleicht herum der Denunziant

Posted by Maria Lourdes - 10/01/2017

Das totalitäre Prinzip ›Wir bestimmen, wer überlebt‹ wird allmählich wieder salonfähig in Deutschland: Gaststätten und Hotels kündigen bestehende Verträge für AfD-Veranstaltungen, Firmen lassen sich unter Druck setzen, ihre Online-Werbung nicht in Non-Mainstream-Medien zu schalten, es gibt wieder Schilder, auf denen wir lesen können, wer alles wo nicht bedient wird.

Mehr und mehr trifft es regierungskritische Autoren, die in der Ausübung ihres Berufes gehindert, also de facto mit Berufsverbot belegt werden. Jetzt traf es den ehemaligen FAZ-Redakteur, Autor und Islamkritiker Udo Ulfkotte, dessen neues Buch: ›Volkspädagogen‹ so manchen ›Gutmenschen‹ schnell zum Denunzianten werden lässt...

### Lidl überklebt Werbung für Ulfkotte-Buch



*Stoppen wir die selbsternannten Gutmenschen,  
die sich als Gesinnungspolizisten in unser aller Leben einmischen!*

Ulfkotte, bekannt durch Bücher wie ›Die Asylindustrie‹, ›Grenzenlos kriminell‹, ›Gekaufte Journalisten‹ oder sein jüngstes Buch ›Volkspädagogen‹ wird schon lange in den Leidmedien bestenfalls totgeschwiegen, im schlechteren Fall verunglimpft. Normale Werbung in Zeitungen und Magazinen ist für den Autor wie auch seinen Verlag nicht mehr möglich.

So entschloss man sich, bundesweit 2500 Plakatwände anzumieten und dementsprechend Geld dafür in die Hand zu nehmen. Eines dieser Plakate hing vor dem Lidl-Markt in Retzbach (Foto oben) im unterfränkischen Landkreis Main-Spessart. Das missfiel dem pensionierten Denunzianten Lehrer Franz-Josef Remling (kl. Foto r.) aus Thüningersheim, der sich bei Lidl darüber beschwerte.

Der Lebensmittel-Diskounter reagierte umgehend, wie die Mainpost schreibt: ... Als pensioniertem Lehrer sei ihm sofort das Wort ›Volkspädagogen‹ ins Auge gesprungen und sauer aufgestossen. Denn ›Volkspädagogen‹ ist der Titel des neuen Buchs aus der Feder des umstrittenen Autors Udo Ulfkotte. Im Werk attackiert der ehemalige FAZ-Redakteur zum wiederholten Male mit rechtslastigen Äusserungen und Verschwörungstheorien Politiker und Medien. Beispielsweise schreibt der 56-Jährige in seinem Vorwort, die Menschen hätten es «satt, dass ihre Heimatländer verwahrlosen und dass ihre Nationalkulturen abgeräumt werden».

... Ulfkotte verspricht dem Leser durch sein Buch ›einen Blick hinter die Kulissen der Macht‹ sowie ›was die Massenmedien Ihnen verschweigen‹. Remling meint: «Ich bin schon selbst in der Lage zu beurteilen, was ich glauben darf und was nicht, da brauche ich keinen selbst ernannten Welterklärer.»

... Offenbar sahen das die Verantwortlichen von Lidl ähnlich – oder wollten zumindest ihre Kunden nicht verärgern. Auf Anfrage dieser Redaktion hiess es, dass die Werbefläche von einer externen Firma betrieben werde und Lidl lediglich der Vermieter der Stellfläche sei. «Wir haben unseren Mieter jedoch kontaktiert und ihn gebeten, die Werbung überzuplakatieren», so die Lidl-Pressestelle am Donnerstag.

Und tatsächlich: Noch am selben Tag war das Ulfkotte-Plakat verschwunden. Stattdessen wirbt dort nun die Hoffnungsträger-Stiftung für Spenden zugunsten armer Kinder.

Man muss kein Verschwörungstheoretiker sein, um zu erkennen, wes Geistes Kind durch Deutschland weht. Was hierzulande geschieht, geht mittlerweile über die auch von uns schon oft beschworene Meinungsdiktatur hinaus. Es sind die Anfänge einer totalitären Diktatur.

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2017/01/10/verpestet-ist-ein-ganzes-land-wo-schleicht-herum-der-denunziant/>

## NATO-Bericht gibt Russland die Schuld am weltweiten Populismus, gibt Russland die Schuld an Trump, Brexit

*erschienen am 9. Januar 2017 auf > Antiwar.com > Artikel; Jason Ditz*

Ein neuer Bericht der NATO folgt dem Trend eines Narrativs, das in den Vereinigten Staaten von Amerika seinen Anfang nahm und sich seitdem in Westeuropa verbreitet hat, und beschuldigt Russland, dass es Schuld trage am weltweiten Ansteigen des Populismus, mit dem die NATO und die Europäische Union untergraben werden sollen.

Dieser Bericht gibt Russland die Schuld an der Wahl Donald Trumps im November, genauso auch an der Brexit-Abstimmung im letzten Sommer, in der sich Britannien entschied, aus der Europäischen Union auszutreten. Er fährt fort, indem er Russland die Schuld an wachsenden Anti-EU-Bewegungen in einigen anderen Mitgliedsländern gibt, und an den steigenden Wählerzahlen für euroskeptische Parteien in Deutschland und Frankreich. Das passt zu der Hysterie, die in den letzten Monaten um «falsche Nachrichten» herum herrscht, nämlich dass Russland die Schuld am Ansteigen von alternativen Medien trage, die der Idee des Globalismus nicht so förderlich sind. Die Vorstellung des «Anti-Globalismus» bereitete die Niederlage Hillary Clintons in der Wahl in den Vereinigten Staaten von Amerika vor als den Fall des westlichen Liberalismus, vermeintlich eine schon lange bestehende russische Priorität.

Das wird bereits festgelegt, um Russland jedesmal dann die Schuld zu geben, wenn eine Wahl irgendwo im Westen nicht das gewünschte Ergebnis für die Mitte-Links-Parteien ergibt, wobei deutsche und französische Regierungsvertreter schon jetzt, lange vor ihren Wahlen darüber jammern, nur weil Umfragen zeigen, dass sie nicht so gut drauf sind, wie sie es gerne hätten.

Experten werden natürlich feststellen, dass das Anwachsen des Euroskeptizismus in der EU weitgehend Hand in Hand geht mit ernsthaften politischen Konflikten innerhalb der EU selbst, und dass eine einfachere Erklärung als eine gross angelegte russische Verschwörung einfach darin besteht, dass viele EU-Bürger die EU nicht mehr als das Wundermittel sehen, als das sie ihnen ursprünglich angedreht worden ist.

*Quelle: [http://antikrieg.com/aktuell/2017\\_01\\_10\\_nato.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2017_01_10_nato.htm)*

## Parlament lässt die Hinterbliebenen im Stich

*Veröffentlicht am 8. Januar 2017 von Wolfgang Arnold; Text aus JUNGE FREIHEIT*

Italien trauert um Tote vom Breitscheidplatz. Deutsches Parlament nicht bereit für Trauerveranstaltung. Stellen wir uns vor, es hätte einen ähnlichen LKW-Anschlag gegen «Schutzsuchende» mit 12 Toten gegeben. Was hätte dieser Staat dann wohl alles aufgeboden?

Der deutsche Bundestag befindet sich aktuell in der Winterpause. Die nächste offizielle Sitzung des Parlaments findet am 18. Januar 2017 statt. Man sollte annehmen dürfen, dass bei der ersten Sitzung nach einem derart gravierenden Vorfall wie dem Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt mit zwölf Toten dieser Opfer gedacht würde. Doch weit gefehlt.

Laut übereinstimmenden Pressemeldungen (unter anderem «Zeit») wird es im Bundestag weder eine Gedenkveranstaltung noch eine Gedenkzeremonie für die Opfer dieses terroristischen Anschlags geben. Weil Merkel und Co. derzeit im Urlaub sind, finden keine Sitzungen statt. Und offenbar liegt zwischen Tatzeitpunkt und dem Termin der ersten Sitzung im Januar zu viel Zeit, als dass die Menschen im Land noch einmal an diesen Anschlag erinnert werden sollen.

Ohnehin hielten sich die politisch Verantwortlichen in diesem Land hinsichtlich ihrer Bekundungen für die Opfer auffallend zurück. Die Anwesenheit beim mehr oder minder offiziellen Pressetermin am Anschlagort war für Merkel und Umfeld nicht mehr als die Wahrnehmung einer Pflichtveranstaltung. Doch darüber hinaus war von den politischen «Eliten» wenig bis gar nichts zu vernehmen. Der Ruf nach Lichterketten für die Opfer, zur Errichtung von Mahnwachen und Aufruf zu Spontandemonstrationen, von Claudia Roth gerne in jedes sich bietende Mikrofon geheult, blieb dieses Mal nahezu komplett aus.

**Offizielles Gedenken nach einem Terroranschlag: In westlich-demokratischen Ländern eine Selbstverständlichkeit. Nicht aber in Deutschland. Der Deutsche Bundestag beabsichtigt keine Zeremonie für die Opfer des Berliner Weihnachtsmarkts-Attentats.**

*Quelle: <http://krisenfrei.de/parlament-laest-die-hinterbliebenen-im-stich/>*

## Warum vier Millionen Menschen in Damaskus kein sauberes Trinkwasser mehr haben.

Das ZDF meldete: *«Syrien: Rebellen legen Verhandlungen auf Eis»*

Die ARD-Tagesschau ergriff schon in der Überschrift Partei: *«Krieg in Syrien – Eine Drohung als letzte Rettung?»*

Die *«Zeit»* berief sich in ihrer Meldung auf die Presseagenturen dpa, afp, rtr, stk: *«Rebellen brechen Gespräche über Friedensverhandlungen ab»*.

Der berühmt-berüchtigte Christoph Sydow überschrieb seinen Artikel im Spiegel: *«Krieg in Syrien – Kämpfe um Wasserquellen gefährden Friedensgespräche»*.

Alles in allem handelte es sich um eine weitere Bankrotterklärung des deutschen Qualitätsjournalismus. Ob man sie nun wie *«Spiegel»* und ZDF einfach nur *«Rebellengruppen»* oder wie die ARD *«bewaffnete Opposition»* oder *«Die Zeit»* *«moderate Rebellengruppen»* nennt, in einem war man sich einig – ein seit Jahren nur noch als Phantom durch die westliche Presse geisterndes Gebilde wurde einmal mehr reaktiviert. Die Freie Syrische Armee, so hiess es, und die ARD präsentierte gar einen angeblichen Sprecher dieser FSA, einen gewissen Osama Abu Zeid, habe erklärt, man lege die Vorbereitung der Friedensgespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana auf Eis, solange die syrische Regierung den vereinbarten Waffenstillstand immer wieder breche.

Was war geschehen? Am 29. Dezember hatte die OCHA, die Abteilung der UNO für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten Alarm geschlagen:

*«Die Vereinten Nationen sind alarmiert, dass seit dem 22. Dezember vier Millionen Einwohner in Damaskus und Umgebung von der Wasserversorgung abgeschnitten wurden. Zwei primäre Trinkwasserquellen – Wadi Barada und Ain-el-Fijah – die für 70 Prozent der Bevölkerung in und um Damaskus sauberes und sicheres Wasser zur Verfügung stellen, funktionieren nicht, da die Infrastruktur zerstört wurde. Während Regierungs-wasserbehörden ein Programm der Rationierung und der Wasserverteilung eingeleitet haben, sind die Menschen in Damaskus seit mehr als einer Woche ohne Wasserzugang zu ihren Häusern und müssen Wasser von privaten Wasserverkäufern kaufen, dessen Qualität und Preise keiner Kontrolle unterliegen.»*

Das Wadi Barada liegt nordwestlich von Damaskus und wird von regierungsfeindlichen bewaffneten Milizen beherrscht. Die örtlichen Milizen, die das Gebiet schon seit Jahren beherrschen, hatten die Wasserzufuhr für die Millionenstadt im Grossen und Ganzen nicht angetastet. Nach dem Fall von Ost-Aleppo hatte es sogar Gespräche mit der Regierung gegeben. Daraufhin übernahm die Dschabhat Fatah al-Scham oder ehemals Al-Nusra, eine Unterorganisation der Al Kaida, die Gewalt über das Gebiet.

Beim ZDF und in der Zeit liest sich das dann so: *«Regimegegner hatten im Dezember in Wadi Barada die Kontrolle über Wasserquellen übernommen, durch die mehrere Millionen Bewohner in Damaskus mit Frischwasser versorgt werden»*,

und die ARD postuliert: *«Ob die ehemalige Nusra-Front im Barada-Tal präsent ist, ist umstritten.»*

Der Spiegel nimmt gar die Erklärung der Kopfabsteiger für bare Münze: *«Zunächst hatten im Dezember Regimegegner das Gebiet erobert. (...) Die Aufständischen und mehrere lokale Nichtregierungsorganisationen im Barada-Tal bestreiten jedoch vehement, dass die Dschabhat Fatah al-Scham dort aktiv ist.»*

Christoph Sydow findet denn auch die Tatsache, dass 4 Millionen Menschen von sauberem Trinkwasser abgeschnitten sind eher amüsant. So amüsant, dass er mit einem Bonmot aus seinem reichen Wissensschatz zu brillieren versucht: *«Wenn in Syrien von Barada die Rede war, ging es jahrzehntelang meist um Bier. Die beliebte Marke der staatlichen Brauerei hiess so; (...) Wenn heute in Syrien von Barada die Rede ist, geht es um Krieg, das Bier gibt es nicht mehr.»*

Am 22. Dezember wurde das Trinkwasser für die Millionenstadt durch die Beimischung von Dieselöl unbrauchbar gemacht. Einen Tag später wurde die Al-Fija-Quelle, eine der Quellen, die den Barada-Fluss speisen, zerstört. Das Gebäude, in dem sich das Sammelbecken für das Quellwasser befindet, wurde zum Einsturz gebracht. Wie immer in einem Krieg bezichtigten sich die Kriegsparteien gegenseitig, die Wasserversorgung zerstört zu haben. Es war also zunächst unklar, wer die Halle zum Einsturz gebracht hatte, ausser für Christoph Sydow vom *«Spiegel»*. Denn der weiss: *«Mindestens eine Pumpstation wurde durch einen Luftangriff des Assad-Regimes schwer beschädigt.»*

Allerdings ist er mit diesem *«Wissen»* nicht ganz allein. Der Mächtgern-Journalist, Julian Röpcke von der Bildzeitung, auch bekannt als Jihad-Julian, der sich monatlang an You-Tube-Filmchen der jihadistischen Kopfabsteiger auf seinem Twitter-Account belustigte, in denen diese zeigten, wie sie mit US-amerikanischen TOW-Raketen Menschen töteten, ist zwar auch nicht vor Ort gewesen als die Halle einbrach, hat aber einen Zeugen. Hadi Al-Abdallah, von *«Bild»* als Medienaktivist bezeichnet, und seine Glaubwürdigkeit damit belegt, dass dieser *«1,2 Millionen Follower auf Facebook»* habe, *«war vor Ort und filmte am 27. Dezember die Zer-*

störung in der Wasser-Anlage. Gegenüber *«BILD»* bestätigte er, dass es sich um die Folgen eines Luftangriffs handle.»

Nun war anscheinend auch der *«Bild»*-Informant nicht vor Ort, als die Halle einstürzte, behauptet aber im Brustton der Überzeugung, Assads Bomber hätten die Station zerstört. *«Bild»* lässt uns anhand von Untertiteln an den Erkenntnissen des Herrn Hadi Al-Abdallah teilhaben: *«Wir sind in der Trinkwasseranlage des Flusses Ain-el-Fijah, die bis zu einem Luftangriff voll Wasser war. Ain-el-Fijah wurde von der Luftwaffe des Assad-Regimes bombardiert. Jetzt bezichtigt Assad die Opposition der Wasserverschmutzung und ignoriert, dass sie diese Anlage seit sechs Jahren kontrolliert und behütet hat. Es bleibt nur wenig Wasser, das von hier aus weiterfliesst. Damaskus hat aufgrund des Luftangriffs das grösste Wasserproblem seit dem Beginn der Revolution.»*

Allerdings ist der Mann kein ganz unbeschriebenes Blatt. Ein Video zeigt ihn bei den Vorbereitungen für die Sprengung des Krankenhauses in Al-Qusair bei Homs am 9. September 2012. Damals hatte die Al-Farouq Brigade durch von ihr Entführten einen 20 Meter langen Tunnel graben lassen, bis unter das Krankenhaus. Unter dem Gebäude brachten sie dann ca. eine Tonne Sprengstoff zur Explosion. Bei der Explosion kamen neben Soldaten der Regierung zahlreiche Frauen, Kinder, Ärzte und Pflegepersonal ums Leben und die von ihnen zum Graben des Tunnels gezwungen Geiseln.

Immer wieder taucht Hadi Al-Abdallah auch auf Fotos und Videos zusammen mit Abu Sakkar auf, den man den Menschenfresser nennt, weil er sich im Mai 2013 dabei filmen liess, als er einem toten syrischen Soldaten das Herz herausschnitt und ansetzte, es zu verspeisen.

Auch mit dem Saudischen Kommandeur der Al-Nusra Sheikh Muhammad Abdallah al-Muhaisny liess sich Hadi Al-Abdallah immer wieder fotografieren. Ein weiteres Video zeigt Hadi Al-Abdallah mit dem grausam zugerichteten Leichnam des Hisbollah-Kommandanten Hussein Salah Habib. Der Leichnam des Mannes, der offensichtlich gefoltert wurde, bevor man ihn ermordete, sollte gegen 50 gefangene Terroristen ausgetauscht werden. Hadi Al-Abdallah hält die Erkennungsmarke des Mannes in die Kamera, damit man ihn identifizieren kann.

Fazit: Hadi Al-Abdallah ist kein Journalist, sondern ein mit den Halsabschneidern eng zusammenarbeitender Propagandist, ein Prediger des Terrors. Dass die Bildzeitung diesen Mann als ihren Hauptbelastungszeugen aufruft, diskreditiert niemand anderen ausser dem Sturmgeschütz der Volksverdummung selbst.

Man könnte das ganze Gezeter im Mainstream, die Krokodiltränen über das schwere Schicksal der Menschen in Syrien, als einen weiteren Versuch der gekauften Edelfedern, Recherche und seriöse Berichterstattung durch das Verbreiten von Gerüchten und Halbwahrheiten abtun, schliesslich ist wieder einmal die einzige Informationsquelle jener einschlägig bekannte, vom britischen MI6 und den EU-Institutionen finanzierte Ein-Mann-Betrieb in Coventry nahe London.

Aber es geht in erster Linie gar nicht darum, dass hier in einem Akt von Kriegsverbrechen 4 Millionen Menschen das lebenswichtige Wasser vorenthalten wird. Es geht um die Fortführung des Krieges in Syrien. Der Westen und seine mit ihm verbündeten und von ihm mit Waffen und Geld versorgten Terrororganisationen haben mit der Einnahme des Ostteils von Aleppo durch die Regierungstruppen Syriens und ihre Verbündeten eine schwere Niederlage erlitten. Nun gilt es, die Kräfte neu zu sammeln und neu zu ordnen, um den Krieg fortzusetzen. Dafür bedarf es ein paar Tage Ruhe.

Ein paar Tage hatten denn auch die USA, Frankreich und Grossbritannien im Weltsicherheitsrat der UNO Kreide gefressen. Am späten Nachmittag des 16. Dezember traf sich der Sicherheitsrat gar zu einer geheimen Sitzung. Eine Resolution zur Überwachung der Evakuierung Ostaleppos ging ohne die üblichen Beschimpfungen des *«Schlächters Assad»* und seiner Verbündeten den *«Kriegsverbrechern Russland und Iran»* blitzschnell und absolut lautlos über die Bühne, genau wie die Zustimmung zu den Friedensgesprächen zwischen den Kriegsparteien in der kasachischen Hauptstadt Astana.

Der Hintergrund der von der westlichen Presse totgeschwiegenen Sitzung dürfte die Gefangennahme von mehreren Geheimdienstoffizieren in einem Kommandobunker in Ostaleppo durch Spezialeinsatzkräfte der syrischen Armee gewesen sein, wie das Voltaire Netzwerk berichtete. Auffällig war Tage zuvor das hektische Betreiben der USA und ihrer Verbündeten, einen sofortigen Waffenstillstand in Aleppo zu erreichen, obwohl sich der weitaus grösste Teil der Bevölkerung der östlichen Stadtviertel bereits in Sicherheit befand.

Der Turnaround scheint gelungen. Schon tönt am 31. Dezember der Sprecher von *«Adopt a Revolution»*, Elias Perabo im Deutschlandfunk: *«Es ist noch nicht zu spät für den Westen, sich einzumischen.»*

Perabo empfiehlt dazu das Völkerrecht ein wenig zu verbiegen und es umzuleiten wie das Wasser aus dem Baradatal: *«Da ist auch Deutschland in der Pflicht, zu sagen, wir müssen den blockierten UN-Sicherheitsrat, den es gegeben hat, umgehen.»*

Wessen Geschäft Perabo da betreibt dürfte all jenen klar werden, die sich einen anderen Text durchlesen, den die Organisation am 2. Januar herausgab. Unter der Überschrift: *«Faktencheck: Ist in Syrien Krieg wegen einer Pipeline»*, versuchte *«Adopt a Revolution»* die USA und besonders Präsident Barak Obama von jeglicher Schuld am Syrienkrieg reinzuwaschen: *«Und es gibt noch viele weitere Aspekte, die der Theorie vom Pipelinekrieg widersprechen. So rief US-Präsident Barack Obama jene Teile des US-Aussenministeriums, die auf ein stärkeres Engagement in Syrien zugunsten der Rebellen drängten (wie die bis 2013 amtierende Aussenministerin Hillary Clinton), explizit zurück.»*

In altbekannter absolut postfaktischer Argumentation geht es dann weiter: *«Als Assads Popularität 2013 weltweit am Tiefpunkt angelangt war – nach dem Giftgasangriff von Ghouta und noch bevor ihn das Erstarken des *«Islamischen Staates»* (Anm. Islamistischen Staates) und Russlands Propaganda als angeblich *«kleineres Übel»* erscheinen liessen –, entschied sich die US-Regierung gegen militärische Angriffe auf Ziele des Assad-Regimes, obwohl die zuvor ausgegebene *«rote Linie»* mit dem Giftgasangriff auf Ghouta überschritten war.»*

Nun ist zwar bekannt, dass keine der angestellten Untersuchungen den Giftgasangriff auf Ghouta der Regierung Assad zuordnen kann, ja dass im Gegenteil höchstwahrscheinlich Terroristen das Giftgas abgefeuert hatten. Belegbare Tatsachen aber interessieren weder den Deutschlandfunk noch *«Adopt a Revolution»*. Durch häufiges Wiederholen der immer gleichen Lügen gehen diese schliesslich und endlich in die Annalen als Wahrheit ein.

Das Massachusetts Institute of Technology veröffentlichte am 14. Januar 2014 seinen Bericht: *«Possible Implications of Faulty US Technical Intelligence in the Damascus Nerve Agent Attack of August 21, 2013»*, in dem es explizit heisst: *«Die chemische Munition mit Nervengas, die am 21. August in Damaskus verwendet wurde, hat eine Reichweite von etwa 2 Kilometern. Die Bewertung der Reichweite der chemischen Munition durch die unabhängige UN-Kommission stimmt genau mit unseren Ergebnissen überein. Dies zeigt, dass es nicht möglich war, mit dieser Munition Ost Ghouta vom *«Herzen»* oder vom östlichen Rand des durch die syrische Regierung kontrollierten Gebietes zu erreichen, so wie es die Karte des Geheimdienstes zeigt, die vom Weissen Haus am 30. August 2013 herausgegeben wurde.»*

Es war also bei weitem keine, von Obama in grober Überschätzung seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten, gezogene *«rote Linie»* überschritten worden. Zudem tappte US-Aussenminister Kerry in eine selbst gestellte Falle. Die US-Regierung könne von einem Angriff auf Syrien absehen, wenn alle chemischen Waffen ausgeliefert würden, sagte Kerry in der Hoffnung, Syrien würde darauf nicht eingehen. So könnten die USA fröhlich drauflosbomben und Syrien obendrein noch die Verantwortung dafür zuschieben, so wie man es im Falle des Kosovokrieges bereits mit Serbien erfolgreich gemacht hatte. Syrien aber willigte auf Druck Russlands ein – der Kriegsgrund war perdu.

Dieser lasche Umgang mit der Wahrheit macht die wahre Gesinnung des Vereins *«Adopt a Revolution»* deutlich, der laut Deutschlandfunk ausschliesslich *«zivilgesellschaftliche, gewaltfreie Projekte»* fördert. So stellt *«Adopt a Revolution»* denn auch bedauernd fest: *«Hätte die US-Regierung den Sturz des maroden Assad-Regimes mit ganzer Entschlossenheit gewollt, hätte sie ihn aller Voraussicht nach in überschaubarer Zeit auch erreicht»*, ein wahrlich *«zivilgesellschaftlich, gewaltfreies Projekt»*.

So wären wir wieder bei der Frage, worum es wirklich geht bei der Wehklage der Medien über den brüchigen Waffenstillstand und die Menschen in Damaskus, die bereits seit über zwei Wochen ohne Trinkwasser auskommen müssen?

Der einzig wahre Grund besteht darin, den seit fast sechs Jahren andauernden und immer wieder mit perfiden Tricks und Täuschungen der Weltöffentlichkeit am Leben gehaltenen Krieg unter dem falschen Deckmäntelchen des Schutzes der Menschenrechte weiterführen zu können. Solange in Syrien Krieg geführt wird, ist die gesamte Region geschwächt und destabilisiert. Ob die Türkei, Saudi-Arabien, Qatar, der Iran, der Irak oder die Anrainerstaaten Libanon und Jordanien, sie alle werden durch den Konflikt nachhaltig geschädigt und fallen für die nächste Zeit als regionale Machtfaktoren aus, zum Wohl und Frommen Israels.

Ein schöner Nebeneffekt ergibt sich für die Rüstungsindustrien der USA, Frankreichs, Grossbritanniens und Deutschlands: Der stetige Waffen- und Munitionsbedarf der Terroristen. So fanden russische Einheiten des Kampfmittelräumdienstes – von westlichen Medien mit keinem Wort erwähnt – in Ostaleppo Unmengen von Munition und Waffen aus den USA, der EU und Israel.

Quelle: <http://spiegelkabinett-blog.blogspot.de/2017/01/warum-vier-millionen-menschen-in.html>

## Tunesier wollen Merkels «Abfall» nicht zurück

Veröffentlicht am 10. Januar 2017 von *conservo* ([www.conservo.wordpress.com](http://www.conservo.wordpress.com)) Von *floydmasika\**

Europa hole sich gezielt den «Abschaum Afrikas» herein, klagte 2011 ein kongolesischer Diplomat in Genf (siehe: <https://conservo.wordpress.com/2015/08/24/asyl-fluechtlinge-verfolgte-zuwanderer-eine-geplante-verunsicherung-des-volkes/>).



Demo 2017-01-07: Tunesier wollen Merkels Abfall nicht zurück

Der mit dem Asylrecht verknüpfte Sozialstaat lockt eben besonders die Mühsalbeladenen, Querulanten und verkrachten Existenzen an. Etwas abmildern könnten wir dieses Problem, wenn wir die Spreu vom Weizen trennen, d.h. uns die Elite der «wirklich politisch Verfolgten» herauspicken und den Rest ausschaffen würden. Aber das mögen die Herkunftsländer wiederum nicht. Wieso sollten sie es auch zulassen, dass wir gezielt eine Exil-Opposition gegen sie aufbauen und ihr ansonsten viel Arbeit machen? Tunesien wolle Merkels «Abfall» nicht, schreiben dort Leute auf ein Demo-Spruchband, sofern wir das gebrochene Deutsch richtig verstehen. Wie wäre es aber, wenn wir die Länder zu «sicheren Herkunftstaaten» im Sinn des Asylrechts erklären würden? Das geht gar nicht, denn sie entsprechen nicht den vom Strassburger Menschenrechtsgerichtshof hochgehaltenen hohen Menschenrechtsstandards. Auch in Tunesien, dem einzigen einigermaßen demokratischen Maghreb-Staat, könnten Schwule gemobbt werden. Daher sind neuerdings gemäss dem vom Europäischen Gerichtshof (EUGH) ausgeweiteten Asylrecht alle Schwulen (und sonstige in ihren gruppenidentitären Befindlichkeiten angegriffenen Unpolitischen) asylberechtigt. Die Aussage, man sei schwul, genügt, denn jeglicher Versuch einer Überprüfung würde gegen die Menschenwürde verstossen. Der Bundesgesetzgeber bewege sich auf dünnem Eis, erklären die Grünen. Wer ist also nun der Pragmatiker: Grüne Bürgerliche wie Wilfried Kretschmer, die auf dem Eis zu gehen anbieten, oder die von Cem Özdemir vertretene Führungsmehrheit, die vorausseilend mit Strassburg konform geht? Was sonst tun? Strassburger Standards senken? Das geht gar nicht, finden nicht nur die Grünen. Cem Özdemir hat eine Idee: Visaerleichterungen, Zollsenkungen und Entwicklungshilfe für die Maghreb-Staaten im Gegenzug für Rückführungsabkommen. Dann kämen Nafris noch ungehinderter her, aber man könnte wenigstens die heterosexuellen hässlichen alten weissen Männer und andere «Abfälle» zurückschicken.

### Umgekehrt fordert SPD-Oppermann gerade im Rahmen des anschwellenden Wahlkampfes

Sanktionsmassnahmen gegen Maghreb-Staaten. In Frage kommen Visaverschärfungen, Handelsbarrieren und Entwicklungshilfestreichungen. Ob man damit wirklich etwas erreicht, ist ebenso unsicher wie ob man in die «sicheren Herkunftsländer» wirklich abschieben kann und, falls doch, ob die Menschenrechts-Hohepriester das gefundene Arrangement nicht doch wieder kippen.

Das ganze Konzept des Rechtes von Fernmigranten auf Asylprüfung funktioniert nicht, und auch die Idee, man könne Spreu und Weizen unterscheiden, ist inadäquat, wie Martin Neuffer (SPD-Linker) 1982 in seinem Buch «Die Erde wächst nicht mit» warnte:

*«Dies bedeutet, dass auch das Asylrecht neu geregelt werden muss. ... Es ist eine Illusion, zu meinen, die Bundesrepublik könne in dieser Lage ihre Grenzen für alle Asylanter der Erde weit offen halten. Sie könnte es schon nicht annähernd für die unübersehbare Masse der echten politischen Flüchtlinge. Sie wäre aber auch überhaupt nicht in der Lage, zwischen echten und den Fluten der unechten Asylsuchenden zu unterscheiden. Eine solche Unterscheidung verlöre von einem bestimmten Punkt an auch jeden Sinn. ... Es bleibt uns keine andere Wahl, als das Asylrecht drastisch einzuschränken. Damit sollte aber nicht so lange gewartet werden, bis die ersten Millionen schon hier sind und die Binnenprobleme bereits eine unlösbare Grössenordnung erreicht haben. Wir müssen die Frage unverzüglich diskutieren und entscheiden.»*

Diese Diskussion und Entscheidung verweigern jedoch bislang alle im Bundestag vertretenen Parteien ebenso wie die Medien. Angela Merkel ist das Symbol dieser Verweigerung, denn sie steht für «Weiter so, wir schaffen

das, Augen zu und durch». Solange die Diskussion aber nicht zu dieser vor nunmehr 35 Jahren vom SPD-Linken Neuffer geforderten (und inzwischen von Österreich annähernd erreichten) Sachlichkeit zurückkehrt, kann sich Cem Özdemir als der Pragmatiker gerieren, der der «populistischen» Versuchung trotzt. Alternativ gäbe es bis dahin nur noch allerlei praktische private Lösungen, mit denen Teddybärwerferinnen sich «Nafris» auf einer Armlänge Abstand zu halten versuchen.

\*) <https://bayernistfrei.com/2017/01/09/tunesier-abfall/>

<http://www.conservo.wordpress.com> 10.01.2017

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2017/01/10/tunesier-wollen-merkels-abfall-nicht-zurueck/>

## Bundesregierung stellt Asylzahlen für 2016 vor – Mindestens 304 929 Neuankömmlinge

*Epoch Times; Aktualisiert: 11. Januar 2017 6:50*

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will die Statistiken gemeinsam mit dem Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise, am Mittwoch in Berlin vorstellen.



*Migranten auf dem Weg am 23. Oktober 2015 in Rigonce, Slowenien nach Österreich und Deutschland.*

*Solche riesigen Ströme kommen weiterhin zu uns, nur schießt keiner mehr Fotos davon.*

*Foto: Jeff J Mitchell/Getty Images*

Die Bundesregierung veröffentlicht am Mittwoch (12.00 Uhr) die Zahlen der im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommenen Asylbewerber sowie der Entscheidungen über Asylanträge.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will die Statistiken gemeinsam mit dem Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise, in Berlin vorstellen.

Klar ist, dass die Zahl der eingereisten Asylbewerber im Vergleich zu 2015 deutlich zurückging. Bis Ende November 2016 wurden 304 929 Flüchtlinge neu registriert, 2015 waren es insgesamt 890 000 Menschen gewesen. Die Zahl der 2016 gestellten Asylanträge betrug von Januar bis November 723 027. Davon waren viele Antragsteller aber bereits 2015 eingereist. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bundesregierung-stellt-asylzahlen-fuer-2016-vor-mindestens-304-929-neuankoemmlinge-a2020654.html>

## Multikulturelle Diversität

*Veröffentlicht am 11. Januar 2017 von Der Troll von Germania*

Wie kein anderer bringt der politische Karikaturist Götz Wiedenroth die Verschwörung der politischen Eliten Deutschlands und Europas gegen ihre Völker mit seinen grossartigen und zielgenauen Zeichnungen auf den Punkt. Wiedenroth ist erster Kandidat für Verdienst-Medaillen und Ehrungen für die Zeit nach dem Sieg der europäischen Völker gegen den islamischen und sozialistischen Vernichtungsfeldzug.

Michael Mannheimer in seinem Blog:

Nun ist jedoch klar: Der Feind Europas und der europäischen Kultur sitzt in Brüssel. Von niemandem gewählt, aber ausgestattet mit einer geradezu grotesk anmutenden totalitären Macht über 550 Millionen Europäer, basteln sich europäische Sozialisten vom Schlag Timmermans ihr eigenes Europa zusammen.

Diese sozialistischen EU-Bürokraten gefallen sich in der Rolle, Gott zu spielen, und wollen die gesamte Menschheits- und Staatenentwicklung per Dekret auslöschen: Das Europa der Nationalstaaten, so Timmermans, muss «ausradiert» werden.

**Vizepräsident der EU-Kommission: «Monokulturelle Staaten ausradiieren!»**

Die Zukunft der Menschheit, so der niederländische EU-Kommissar Frans Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Timmermans im Wortlaut:

«Bessere Rechtssetzung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta», forderte er in einer Rede während des sog. «Grundrechte-Kolloquiums der EU» im Oktober 2015 die Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, «monokulturelle Staaten auszuradiieren» und den Prozess der Umsetzung der «multikulturellen Diversität (Vielfalt)» bei jeder Nation weltweit zu beschleunigen. Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlasst werden, auch «die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, dass nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben.» Timmermans meint: Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich «soziale Konstrukte» und jeder, der etwas anderes behaupte, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migrantengewesen und europäische Werte bedeuteten, dass man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle «den Frieden in Europa in Frage».

Nicolas Sarkozy, Präsident des EU-Staates Frankreich von 2007 bis 2012, bemühte erst gar nicht den Vorwand zweifelhafter wirtschaftlicher Gründe, sondern sagte am 17. Dezember 2008 in Paris unverblümt:

«Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung!!! Es ist zwingend!!! ... Wenn das vom Volk nicht freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Massnahmen anwenden!!!»

**Die EU-Kommission ist zur grössten Bedrohung des europäischen und internationalen Friedens geworden**

Der Frieden Europas und der Welt wird jedoch durch die wahnsinnige Politik der EU selbst in einer Weise bedroht, die man nach 1945 niemals mehr für möglich gehalten hatte. Denn Brüssel will Europa und den Rest der Welt mit hunderten Millionen afrikanischen und nahöstlichen Flüchtlingen überschwemmen. Meist männlich, meist moslemisch, oft extrem gewaltbereit.

Karikaturist Götz Wiedenroth bringt es politisch-satirisch auf den Punkt:



Homogene Gesellschaften ausfindig machen. Rücksichtslos vernichten. Heil EUdSSR!

Wozu dies führt, hat man nicht nur in Köln gesehen:

- Die Staaten Europas verzeichnen überall dort, wo moslemische Migranten leben, in fast allen Bereichen eine exorbitant höhere Quote von schwerer und schwerster Kriminalität. Europäische Frauen und Kinder sind dort einem erfassbar höheren Risiko ausgesetzt, vergewaltigt zu werden, wo sie in denselben Städten und Regionen mit Moslems leben.
- 80 Prozent der Vergewaltigungen in Köln, so schrieb Alice Schwarzer bereits vor Jahren, werden seitens moslemischer Immigranten verübt, obwohl diese damals nur 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.
- 100 Prozent der Vergewaltigungen in der norwegischen Hauptstadt Oslo gingen 2009 auf das Konto islamischer Immigranten.

- Schweden, das einst sicherste Land der Welt, belegt dank der Politik der schwedischen Sozialisten Platz zwei der weltweiten Länder mit dem höchsten Vergewaltigungsrisiko. Nummer 1 ist Südafrika (genauer: Lesotho).
- Ganze Gefängnisse in westeuropäischen Staaten wie Frankreich, Österreich, Deutschland, England, Schweden, sind gefüllt mit Gefangenen aus zumeist islamischen Ländern. In Berlin etwa gibt es Gefängnisse, in denen kein einziger Insasse ein Deutscher ist.

Die von der EU-Kommission angestrebte Vermischung der importierten Völker mit den europäischen Völkern findet nicht statt. Nur vereinzelt heiraten Europäer Immigranten – und umgekehrt. Diese Einzelfälle reichen niemals aus, um den gewünschten Effekt der Erzielung einer europäischen Einheitsrasse zu erzielen. Europäer bleiben unter sich, so wie die meisten moslemischen «Neubürger» ebenfalls unter sich bleiben.

Otto Schily sagt: «Es ist relativ kompliziert, legal nach Deutschland einzureisen. Dagegen ist es ziemlich einfach, illegal nach Deutschland zu kommen. (...) Das Asylsystem ist de facto ein Einwanderungsgesetz – nur ohne jede Steuerung.»

In der Talk-Show von Anne Will lüpfte Angela Merkel am 8.10.2015 ein klein wenig den Vorhang vor ihrer geheimen Agenda und sprach von ihrem Plan um die Massenzuwanderung: «Wir können nicht nur aussergewöhnliche Situationen bewerkstelligen wie es beim Mauerfall war, sondern wir können auch aussergewöhnliche Situationen schaffen, wenn es etwas ist, was uns die Globalisierung bringt.»

Merkel entlarvt sich mit dieser Aussage nicht nur als glühende Verehrerin der Globalisierung mit all ihren Nachteilen, sie macht auch deutlich, dass sie nicht daran denkt, die zu diesem Zeitpunkt bereits epische Ausmasse angenommene Invasion in verträgliche Bahnen zu lenken.

Geolítico fasst im Beitrag «Der Plan der Angela Merkel» zusammen:

«Sie entlarvt sich mit dieser Aussage nicht nur als glühende Verehrerin der Globalisierung mit all ihren Nachteilen, sie macht auch deutlich, dass sie nicht daran denkt, die zu diesem Zeitpunkt bereits epische Ausmasse angenommene Invasion in verträgliche Bahnen zu lenken. Daraus muss man schliessen, dass ihre Feststellung in dieser 60-minütigen Sendung «Ich habe einen Plan» sehr ernst zu nehmen ist und bis heute, in steter Steigerung, ihre zerstörerischen Spuren im Land hinterlässt. Zerstörungen, betrachtet man die Soziologie einer Gesellschaft, die weit über die (trotz Vertuschungen) bekannt gewordenen kriminellen Aspekte der Zuwanderung hinausgehen. Vor allem die Unmöglichkeit, kulturell inkompatible Ethnien und Gruppen in rassistischer Art zu vermischen.

Vorsichtig fragt der «Silberjunge» auf seiner Webseite

### **Merkels Rechtsbruch? Wir decken auf!**

und belegt mit einer Fülle von Links die ganze Perfidie der Asylpolitik, die vom «Kartell des Schweigens» der Blockparteien im Reichstag und der verantwortlichen Minister gedeckt wird. Mannheimer resümiert:

Das einzige, was die EU mit ihrem geschichtsvergessenen politischen Programm erreichen wird, ist der Import von jahrhundertealten ethnischen und religiösen Konflikten aus der islamischen Welt nach Europa. Wie die Zukunft Europas aussehen wird, sehen wir heute im Libanon, in der Türkei, in Syrien, im Irak, in Nigeria oder in Somalia: Es wird in Europa zu einem ununterbrochenen und nicht mehr zu bewältigenden Bürgerkrieg und Krieg der Kulturen kommen.

Quelle: <http://krisenfrei.de/multikulturelle-diversitaet/>

## **Wenn einem Deutschen der Pass verweigert wird**

*Dienstag, 10. Januar 2017, von Freeman um 16:00*

Die deutsche Bundesregierung tut so ziemlich alles, um Ausländern die deutsche Staatsbürgerschaft zu geben. Man drängt es ihnen direkt auf. In der Broschüre «Wege zur Einbürgerung» schreibt Maria Böhmer, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: «Sie leben lange in Deutschland, oder Sie sind als Kind ausländischer Eltern schon hier geboren. Sie fühlen sich in Deutschland zu Hause, Sie gehören dazu, Sie sind ein Teil unserer Gesellschaft – aber Sie haben noch keinen deutschen Pass? Diese Broschüre zeigt Ihnen den Weg. Sie beantwortet die Frage: Wie werde ich Deutsche? Wie werde ich Deutscher?»

Auszug aus den Bestimmungen: «Generell haben Ausländer unter bestimmten weiteren Voraussetzungen bereits nach 8 Jahren rechtmässigen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland einen Einbürgerungsanspruch.» Man bekommt als Ausländer den deutschen Pass nach nur 8 Jahren Aufenthalt. Ich habe 12 Jahre in Deutschland gearbeitet, fühle mich deshalb aber nicht als Deutscher.

Ich erzähle euch jetzt wie ein Mann, der in Deutschland geboren wurde, einen deutschen Namen hat und perfekt Deutsch spricht, der deutsche Pass verweigert wird. Ich habe mich für diesen Deutschen eingesetzt, denn ich konnte nicht glauben, dass der deutsche Staat so etwas macht; legt den roten Teppich für Ausländer aus, aber verweigert einem Deutschen den Pass. Es muss sich um ein Missverständnis handeln, dachte ich, aber so ist es nicht.

Der Name der Person, die mittlerweile ein sehr guter Freund von mir geworden ist, lautet Helmut P. Er wurde am 27. November 1945 in Quedlinburg geboren. Beide Eltern, Lilly und Ludwig, waren Deutsche. Die Geburtsurkunde, vom Standesbeamten in Quedlinburg unterschrieben, ist vorhanden. Die schöne historische Stadt liegt an der Bode nördlich des Harzes im Landkreis Harz (Sachsen-Anhalt), mitten in Deutschland.

Wegen der ganzen Nachkriegswirren, der Zerstörung, der Armut und dem Mangel an Arbeit und weil seine Familie Verwandte in der Sowjetunion hatte, wanderte Helmut als Kleinkind mit der Familie dorthin aus. Kaum angekommen, wurden sie aber wegen der stalinistischen Politik als Deutsche und Kriegsfeind nach Sibirien in ein Lager verfrachtet. Dort musste die ganze Familie, einschliesslich das Kind, Helmut, schwerste Arbeit verrichten, nämlich den Wald roden und daraus Bauholz produzieren. Es waren sehr schwere Zeiten in diesem Gulag, wo es nie genug zu Essen gab und die Gefangenen wie die Fliegen gestorben sind.

So vergingen die Jahre, bis Stalin am 5. März 1953 starb. Nach dem Tod Stalins wurde Nikita Chruschtschow Parteichef der KPdSU. Er führte die Entstalinisierung ein und initiierte zahllose Reformen, vor allem in Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, Bildung und Kultur. Unter Chruschtschow wurden die Arbeitslager aufgelöst und Helmut's Familie durfte sich irgendwo in der Sowjetunion niederlassen, nur nicht zurück in den Westen gehen. Helmut machte seine Berufsausbildung und wurde Dachdecker, wurde später sogar in einer Wochenschau als der beste Dachdecker der Sowjetunion dargestellt und ausgezeichnet.

Innerhalb der Familie wurde nur Deutsch gesprochen und alle deutschen Traditionen und Feste gefeiert, wie Weihnachten und Ostern. Helmut wuchs in der Sowjetunion als Deutscher auf. Er hat sich nie geschämt, es auch nach aussen zu zeigen, und wurde deshalb von den Nachbarn und Arbeitskollegen sogar respektiert. Die Jahre vergingen, Helmut heiratete eine Russin, hat vier Kinder mit ihr, alles Söhne, denen er auch die deutsche Sprache, die Kultur und Werte vermittelte.

Als er ins Rentenalter kam, wollte er seine deutsche Heimat und die verbliebenen Verwandten dort besuchen, bevor einer nach dem anderen wegstirbt. Er versuchte deshalb den deutschen Pass zu bekommen, was ihm aber verweigert wurde. Nach mehreren Versuchen hat er es aufgegeben. So bin ich auf ihn gestossen und er erzählte mir seine Geschichte. Wie bereits gesagt, ich konnte es kaum glauben, denn einen deutscheren Deutschen als Helmut gibt es kaum. So habe ich mich seines Falles angenommen.

Ich bin extra zur deutschen Konsularabteilung nach Moskau am Leninskij Prospekt gegangen und habe den Fall vorgetragen. Die deutsche Vertretung in Russland für Passangelegenheiten ist wohl die schäbigste und heruntergekommenste, die ich je gesehen habe. Es ist die ehemalige Botschaft der DDR, weit ausserhalb des Stadtzentrums von Moskau. Neben einem grauen Bunkerbau aus Beton, dem Goethe-Institut, wo die Fassade herunterfällt und die Menschen die vorbeigehen mit Fangnetzen geschützt werden müssen.

Das Passbüro befindet sich in einer Baracke nebenan. Dort habe ich die Dokumente, Geburtsurkunde etc. vorgelegt und im Namen von Helmut den Pass beantragt. Mir wurde lapidar gesagt, das gehe nicht, denn man wisse nicht, ob Helmut noch Deutscher sei. «Was meinen sie mit <sei?>», fragte ich. Er ist in Deutschland von deutschen Eltern auf die Welt gekommen und nach deutschem Staatsbürgerschaftsrecht ist er deshalb Deutscher.

Ich habe darauf hingewiesen, dass er Deutsch spricht, sich immer als Deutscher gefühlt hat und jetzt seine Verwandten in Deutschland besuchen will, bevor sie ableben. Ich bekam die Antwort, dass erst die deutsche Staatsangehörigkeit festgestellt werden müsse. Dazu müsse ich ein sechsseitiges Antragsformular ausfüllen, das mir ausgehändigt wurde. Das ginge dann ans Bundesverwaltungsamt nach Köln und die würden dann entscheiden ob Helmut Deutscher sei oder nicht, was aber lange dauern könne.

Alle meine vorgebrachten Argumente und vorgelegten Dokumente brachten nichts, man hat mich schroff abgewiesen. Ich ging mit Kopfschütteln aus dem Konsulat raus und dachte mir, jedem Migranten schmeissen sie den Pass nach, aber einem echten Deutschen wird er verweigert. Wie kann das sein? Mit diesem negativen Bescheid ging ich zu Helmut zurück und wir sassen beide da und tranken seinen selbstgemachten Schnaps als Trost.

Er meinte, er sei zu alt und zu müde mit 72, um das ganze Prozedere zur Feststellung seiner Staatsangehörigkeit durchzustehen. Entweder akzeptieren ihn die Behörden als Deutschen mit seiner Geburtsurkunde, oder sie können ihn mal. Er sei nur sehr traurig, seine Heimat und seine Verwandten nicht wiederzusehen. Ich sagte:

«Helmut, Deutschland ist schon lange nicht mehr das, was du dir von früher vorstellst. Es ist nicht mehr wiederzuerkennen. Und wie schäbig sie dich behandeln, bestätigt das!»

Ja, Helmut könnte als «Ausländer» ein Schengen-Visa für einen Deutschlandbesuch beantragen, aber wisst ihr wie schwierig das ist? Man muss so viele Voraussetzungen erfüllen, bis man die Erlaubnis bekommt, in den Schengen-Raum einzureisen. Einfacher haben es die Migranten. Sie müssen gar keine Ausweispapiere haben oder ein Visum (lächerlich), sondern nur «Flüchtling» rufen, dann werden sie durch alle Schengen-Länder bis nach Deutschland durchgewinkt.

Das heisst, wer sich an die Regeln und Gesetze hält, wird bestraft. Wer die Gesetze durch illegalen Grenzübertritt bricht und seine Identität verheimlicht, der wird belohnt. Der wird willkommen geheissen und versorgt. Der kann sich sogar bei den deutschen Behörden unter mehreren Identitäten registrieren (wird ja nichts geprüft) und für jede abkassieren. Siehe der Berlin-Terrorist Anis Amri. So funktioniert der deutsche «Rechtsstaat» unter dem Merkel-Regime.

So, jetzt kennt ihr das Schicksal meines Freundes Helmut. Interessant ist: Auf meinen vielen Reisen durch alle Kontinente der Welt habe ich zahlreiche Deutsche getroffen. Was ich immer feststellen musste, ihr Patriotismus, ihr Stolz auf ihr Heimatland und ihr Traditionsbewusstsein waren viel, viel grösser und ausgeprägter als ich es in Deutschland je selbst erlebt habe. Die Auslandsdeutschen sind deutscher als die Deutschen!

Sie haben das Bild von Deutschland noch so in sich, wie es mal war, als sie die Heimat verlassen haben. In ihnen ist das Abbild von Deutschland stehengeblieben, fest in der Erinnerung eingepägt, die mit der heutigen Situation überhaupt nichts mehr zu tun hat. Sie würden einen Schock bekommen, wenn sie heute in einer deutschen Stadt die Fussgängerzone entlanggingen. Sie würden sich fragen: «Wo bin ich hier? Das soll Deutschland sein?»

Es gibt viele, die nur auf dem Papier Deutsche sind. Aber Deutscher ist man im Herzen, im Fühlen und beweist es mit seinen Taten. Umgekehrt gibt es echte geborene Deutsche, denen man das «Papier» verweigert, wie dieser Fall zeigt. Erinnerst mich an den deutschen Film (ja, hat's mal gegeben) «Hauptmann von Köpenick», mit Heinz Rühmann.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/01/wenn-einem-deutschen-der-pass.html#ixzz4VQi2FkDT>

## Neuer Rekordwert: Steuerliche Belastung steigt unter Merkel erheblich an

*Epoch Times; Aktualisiert: 10. Januar 2017 17:53*

Wenn die Steuerquote heute so wäre wie im Jahr 2004, könnten Bürger und Betriebe etwa 90 Milliarden Euro mehr von dem behalten, was sie erwirtschaften.



*Finanzminister Wolfgang Schäuble und Kanzlerin Angela Merkel  
Foto: James Coldrey/Getty Images*

Wenn die Steuerquote heute so wäre wie im Jahr 2004, könnten Bürger und Betriebe etwa 90 Milliarden Euro mehr von dem behalten, was sie erwirtschaften. Doch leider sieht die Realität anders aus, denn die steuerliche Belastung der deutschen Bürger wächst unter Angela Merkel im Kanzleramt erheblich.

Wie die «FAZ» berichtet, steigen die Steuereinnahmen in Deutschland seit der Wiedervereinigung auf nie gesehene Höhen. Der Staat beansprucht bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung demnach mehr von dem, was in einem Jahr erwirtschaftet wird.

Mit einer Steuerquote von 22,3 Prozent in diesem Jahr rechnet Heinz Gebhardt vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung und bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode mit weiteren 0,4 Prozent.

Dabei seien Steuerentlastungen wie höhere Freibeträge und Tarifverschiebungen zum Ausgleich der Inflation schon berücksichtigt.

Offizielle Schätzer, die stets auf der Basis des jeweils geltenden Rechts arbeiten, kamen laut «FAZ» auf noch höhere Steuerquoten für die nächsten Jahre.

Grössere Steuereinnahmen seien in einer wachsenden Wirtschaft nichts Ungewöhnliches. Wenn das Aufkommen mit der gesamtwirtschaftlichen Leistung zulegt, bliebe das Verhältnis konstant.

Eine wachsende Steuerquote heisse aber: Der Staat beansprucht immer mehr von dem, was in einem Jahr geschaffen wird.

Aus diesem Grund gäbe es hierbei auch eine politische Bedeutsamkeit. Erstens, die Steuerquote werde dieses Jahr um 0,9 Prozentpunkte höher ausfallen als 1991. Zweitens ist sie spürbar grösser als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Drittens – und hier wird es politisch – wird sie nach zwölf Jahren von Angela Merkel (CDU) im Kanzleramt 2,8 Prozentpunkte höher sein als im letzten vollen Jahr von Gerhard Schröder (SPD), als sie nach mehreren Steuersenkungen in recht kurzer Abfolge besonders niedrig war.

Rein rechnerisch kommt man damit zu dem Schluss: Wenn die Steuerquote heute so wäre wie im Jahr 2004, könnten Bürger und Betriebe etwa 90 Milliarden Euro mehr von dem behalten, was sie erwirtschaften.

(mcd)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/neuer-rekordwert-steuerliche-belastung-steigt-unter-merkel-erheblich-an-a2020055.html?meistgelesen=1>

## Unmenschlich: Europäische «Wertegemeinschaft» überlässt Obdachlose, Flüchtlinge und Arme dem Kältetod

*Doro Schreier und Lisa Natterer; netzfrauen.org; Fr, 13 Jan 2017 00:00 UTC*

Viele Teile Europas sind von eisiger Kälte betroffen. Während viele Menschen in Europa erfrieren, kostet allein die Sicherheit des Treffens in Davos ca. 7,5 Millionen Euro. Während man sich in Europa Sorgen macht, dass Sturm und Schnee den Verkehr lahmlegen, sterben Menschen. Viele Kältetote sind schon in den Ländern Europas zu verzeichnen. Selbst auf Kreta wurden Minus 15 Grad gemessen. Niemand kann sich vorstellen, bei einer solchen Kälte draussen zu übernachten oder gar ohne Heizung in einer Wohnung zu sitzen und sich mit den sozialen Medien wie Facebook zu beschäftigen. Zu Erinnerung: Der Wertegemeinschaft Europa war die Rettung der Banken Billionen Euro wert. Während sich die Verursacher der Finanzkrise diese Schandtaten mit Millionen Euro versüssen liessen, sterben Menschen durch Erfrieren, weil sie nicht mal Geld haben, um Strom für Heizungen bezahlen zu können.

Griechenland – Vor unseren Augen spielt sich eine humanitäre Krise ab!

Paradox, findet doch vom 17. bis zum 20. Januar 2017 im Skigebiet Davos das 47. WEF-Jahrestreffen unter dem Motto «Responsive and Responsible Leadership» («Anpassungsfähige und verantwortungsvolle Führung») statt. Zu dem Gipfeltreffen im noblen Schweizer Wintersportort werden etwa 3000 Gäste erwartet, darunter Dutzende Staats- und Regierungschefs sowie zahlreiche Top-Manager. Die Bundesregierung Österreich ist im luxuriösen Schweizer Wintersportort durch Bundeskanzler Christian Kern und Aussenminister Sebastian Kurz vertreten. Teilnehmen werden auch die neue britische Premierministerin Theresa May sowie der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble und sein französischer Amtskollege Michel Sapin. Auch der italienische Finanzminister Pier Carlo Padoan wird in Davos zugegen sein. Siehe: Italien – Bankenkrise 2.0 – Schöne Bescherung! – Wieder Bankenrettung durch Steuerzahler!

Aus Südafrika reist Jacob Zuma an, aus Kolumbien Juan Manuel Santos und aus der Ukraine kommt Petro Poroschenko. Neben den Staats- und Regierungschefs nehmen auch dieses Jahr zahlreiche Vertreter internationaler Organisationen und der EU am WEF teil. So reisen der neue Uno-Generalsekretär António Guterres sowie die Spitze des IMF Christine Lagarde an, die gerade erst von einem französischem Gericht für schuldig erklärt wurde. Siehe: Migranten mit Essen versorgt: 5 Jahre Gefängnis – 400 Millionen Euro an öffentlichen Geldern abgezweigt: Straffrei!

Von der Weltbank ist Jim Yong Kim dort. Von Seiten der EU nehmen unter anderem der Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem sowie EU-Kommissions-Vizepräsident Andrus Ansip teil.

3000 Teilnehmer – so viel wie nie zuvor – aus mehr als 100 Ländern, darunter auch rund 1200 Konzernchefs und auch 10 Nobelpreisträger. Wie immer sorgen schliesslich auch ein paar Stars und Sternchen für etwas

Glamour am Weltwirtschaftsforum. So werden unter anderem die Sängerin **Shakira**, die Violinistin **Anne-Sophie Mutter** und die Hollywood-Grösse **Forest Whitaker** in Davos anzutreffen sein.

**Anpassungsfähige und verantwortungsvolle Führung, während Menschen erfrieren!**

In Griechenland sitzen 15 000 Flüchtlinge bei Schnee und Eiseskälte auf den Inseln fest – nach dem Massengrab Mittelmeer folgt nun Tod durch Erfrieren, auch auf dem Balkan.

Nun meint auch noch die sogenannte Wertegemeinschaft der EU, Griechenland solle das Problem allein lösen! **Was ist das für eine Gemeinschaft? Wenn es darum geht, Banken zu retten, ja, dann sind sich alle einig! Aber wenn es um das Leben von Menschen geht, feiert man in Davos, auch auf Kosten der Steuerzahler! Frieren werden diese Menschen nicht. Im Gegenteil: «Der Teufel trägt Prada!»**

**Vielleicht wissen Sie nicht, wie schlecht es den Menschen in Griechenland ohnehin geht? Hier gibt es schon seit Jahren eine humanitäre Krise! Und nun kommen der Schnee und die Kälte dazu!**

Es gibt keinen Grund, Fotos mit Schnee in Griechenland schön zu finden. 40 000 obdachlose Griechen sind am Erfrieren, dies allein in Athen. Diese dürfen jetzt in unbeheizten U-Bahnhöfen übernachten. Eine echte Er-rungenschaft. Die Nottelefone funktionieren nicht. «Kommen sie her» wird den Menschen gesagt. Den Ein-sammelservice gibt es nicht. Die Wohnungen sind nicht warm zu kriegen bei diesen Temperaturen.

Das kostet ein Vermögen und das haben die meisten Menschen nicht. **Speziell Pensionäre und Familien können es sich nicht leisten, überhaupt zu heizen. Viele haben keinen Strom mehr und in den Wohnungen stehen Heizstrahler, die aber ohne Strom nicht funktionieren. Öl und Gas ist in den Häusern und Wohnungen kaum vorhanden. Holz für offene Kamine (so vorhanden) können die Menschen nicht bezahlen. Siehe: «Humanitäre Krise in Griechenland auf Grund von wirtschaftlichen Interessen und Erdgas?! Humanitarian crisis in Greece due to the interests of economy and natural gas?!»**

Also, wer den Winter und somit die Kälte in Griechenland schön und exotisch findet, sitzt wahrscheinlich in einer gut geheizten Wohnung in Österreich, Deutschland und anderen Ländern, der sogenannten Wertegemeinschaft.

**Anstatt Banken zu retten, sollten jetzt erst mal Menschen Vorrang haben.**

Seit der Finanzkrise schlagen besonders die Superreichen zu – Autos, Uhren, Schmuck und Immobilien oder ganze Inseln. Diese Superreichen wurden trotz oder gerade wegen der Finanzkrise reicher. Der Spuk ist noch lange nicht zu Ende, im Gegenteil. War Ihnen bekannt, dass die Superreichen schon längst die andauernden Proteste der ärmeren Bevölkerung einkalkuliert haben? In den Medien werden diese Protestierenden auch gern als Wutbürger bezeichnet. Damit sich die ärmere Bevölkerung nicht noch mehr solidarisiert, wird auch gerne gespalten. **Schon längst haben die verschiedenen Länder nicht gegen den Terrorismus, wie uns oft mitgeteilt wird, aufgerüstet, sondern gegen die eigene Bevölkerung, damit diese weiterhin in Schach gehalten werden kann.** Während beim Treffen in Davos 2013 die Verantwortlichen über die Sicherheit der Reichen berieten, bereiteten sie sich 2014 auf ein Worst-Case-Szenario vor: Chaos in Europa, ausgelöst durch einen Zusammenbruch des Euro. Und jetzt über die verantwortungsvolle Führung? Ein Witz! Siehe «Die Macht der Superreichen, wie sie aus der Armut ihren Profit ziehen! Militarisierung der Polizei weltweit – Major differences between rich and poor people»

**Ein Kälteeinbruch in Europa fordert viele Tote. Tausende Obdachlose und Flüchtlinge leiden in Europa. Viele Arme können sich keine Heizung leisten.**

**Die Zahl der Kältetoten in Europa hat sich auf fast 100 erhöht.**

**In Polen wurden allein am Montag sechs Menschen erfroren aufgefunden, teilte das Krisenzentrum RCB am Dienstag in Warschau mit.**

**In Rumänien starben nach Angaben des Gesundheitsministeriums seit Donnerstag sechs Menschen an Unterkühlung. Viele Opfer der Kältewelle mit extrem eisigen Temperaturen waren Obdachlose.**

**In Ungarn erfroren in diesem Winter bereits mindestens 80 Menschen – doppelt so viele wie im Jahr zuvor, die aktuelle Kältewelle noch nicht eingerechnet. Betroffen waren den Daten des Ungarischen Sozialforums zufolge viele Obdachlose. Rund 30 Menschen seien in ihren Häusern und Wohnungen erfroren, weil sie sich wegen ihrer Armut keine Heizung mehr leisten konnten.**

**An der bulgarisch-türkischen Grenze erfroren zwei Flüchtlinge. In einem Wald im verschneiten Gebirgsmassiv Strandzha im Südosten Bulgariens fanden Dorfbewohner am Freitag die Leichen von zwei Irakern, wie die Polizei der Regionallhauptstadt Burgas mitteilte. Die beiden Männer seien 28 und 35 Jahre alt gewesen. Am Montag war in der gleichen Gegend eine somalische Frau tot aufgefunden worden.**

**In Lettland starben seit Silvester elf Menschen an den Folgen der eisigen Kälte, wie das staatliche forensisch-medizinische Institut mitteilte.**

An der bulgarisch-türkischen Grenze erfroren zwei Flüchtlinge.

Mehr als 7500 Menschen sind momentan in Serbien gestrandet, teilt «Ärzte ohne Grenzen» mit. Sie leben in überfüllten Lagern und inoffiziellen Siedlungen. Serbien hat zugestimmt, bis zu 6000 Menschen aufzunehmen. Doch nur 3140 von ihnen leben in Einrichtungen, die winterfest sind. In Belgrad schlafen momentan 2000 junge Menschen, hauptsächlich aus Afghanistan, Pakistan, dem Irak und Syrien, in verlassenen Gebäuden der Innenstadt, während die Temperaturen auf bis zu -20 Grad sinken. **In den vergangenen Monaten haben die serbischen Behörden die Bereitstellung von humanitärer Hilfe für diese Menschen stark eingeschränkt. Nur Freiwillige, die Essen und Decken verteilen, werden noch toleriert.**

**5079 Flüchtlinge starben 2016 im Mittelmeer – jetzt sterben die Flüchtlinge den Kältetod.**

Allein in Griechenland sind 60 000 Flüchtlinge. Am Samstag war allein in Athen die Temperatur unter 0 Grad Celsius und viele der Inseln sind mit Schnee bedeckt. 75 000 Flüchtlinge zittern in der Balkan-Eiseskälte. Laut «Terre des Hommes» sind fast ein Drittel davon Kinder. Viele harren in Zelten und Lagerhallen aus. Rund 7500 Migrant\*innen sind laut der Organisation «Ärzte ohne Grenzen» (MSF) in Serbien gestrandet. «Save the Children» zufolge sind bereits 40 Menschen, darunter mehrere Flüchtlinge, der Kältewelle in Europa zum Opfer gefallen. Die Behörden unternehmen nichts, so der Vorwurf der NGO. Es drohen besonders Kinder, Babys und geschwächte Menschen zu erfrieren.

In Serbien werden die NGOs daran gehindert, den notleidenden Menschen zu helfen, und in Belgrad ist die Situation besonders prekär, wie Andrea Contenta von MSF berichtet. Zwischen 1500 und 2000 Menschen leben hier hinter Bahnhöfen in verlassenen Lagerhallen ohne fliessendes Wasser oder Sanitäranlagen. In einem Park in der serbischen Hauptstadt betreibt MSF eine mobile Klinik. Dorthin kommen täglich rund 100 Flüchtlinge – immer mehr müssen sich wegen Erkältungen, Husten und anderer Atemwegserkrankungen behandeln lassen.

**Währenddessen laufen die Vorbereitungen im luxuriösen Schweizer Wintersportort Davos.**

**Kennen Sie das Treffen auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos?**

Es ist einer der einflussreichsten und internationalsten Kongresse der Welt, was sich an der Zusammensetzung der Teilnehmer ablesen lässt. Wenn Mette Marit Veronica Ferres aussticht, ein russischer Top-Banker zu wilder Ska-Musik tanzt und die Weltelite ein italienisches Technokraten-Duo feiert, dann ist man in Davos. Das Weltwirtschaftsforum bringt Geschäft, Politik und Party zusammen. WEF-Gründer Klaus Schwab ist nicht nur Gründer, sondern Mitglied von Aufsichtsräten und Verwaltungsräten mehrerer internationaler Unternehmen. **Das Forum wird von seinen rund 1000 Mitgliedsunternehmen finanziert. Nur einige der Partner des WEF:**

Allianz SE, Bank of America Corporation, Barclays, Bill & Melinda Gates Foundation, BlackRock Inc., Deutsche Bank AG, Facebook Inc., Google Inc., McKinsey & Company, Nestlé SA, Novartis AG, Pepsi Co Inc., Saudi Basic Industries Corporation (SABIC), The Rockefeller Foundation, The Coca-Cola Company, The Dow Chemical Company, The Goldman Sachs Group Inc., Unilever, Volkswagen AG und viele weitere Konzerne, die zu den grössten dieser Welt gehören.

WEF Aussendung zur Jahrestagung: «Ruf nach einem neuen Modell des Leaderships, welches Zusammenarbeit, einen reformierten Kapitalismus und Vorbereitung auf die 4. industrielle Revolution favorisiert.»

**Allein die Sicherheit der «prominenten» Gäste kostet ca. 7,5 Millionen Euro, während die Menschen, für deren Verantwortung man mit Steuergeldern bezahlt wird, auf Grund der Kälte erfrieren und die Wertegemeinschaft Europa sich nicht für sie verantwortlich fühlt. Allein Österreich zahlt 6,5 Mio Euro und Deutschland 884 Mio Euro an den WEF! Beiträge zum WEF im Jahr 2016 – GESAMTBEITRÄGE: US \$ 5 879 914 727.–**

Die Zusatzkosten für die Sicherheit des WEF-Jahrestreffens 2017 werden für die öffentliche Hand voraussichtlich insgesamt rund 9 Millionen Franken betragen (Stand Ende November 2016). Davon werden 8 Mio. Franken wie folgt auf die Partner verteilt: 2 Mio. Kanton Graubünden, 1 Mio. Gemeinde Davos, 3 Mio. Bund, 2 Mio. WEF. **Der Restbetrag wird voraussichtlich zu rund 80% durch den Bund übernommen;** die restlichen rund 20% werden durch die übrigen Partner getragen. Die Details sind in der Botschaft zum «Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung des Kantons Graubünden bei den Sicherheitsmassnahmen im Rahmen der Jahrestreffen des World Economic Forum 2016–2018 in Davos und weitere Sicherheitsmassnahmen» geregelt (BBl 2015 2033).

Sollten Sie daran interessiert sein, wie die Sicherheit der Teilnehmer geregelt ist: Der Kanton Graubünden sowie seine Partner haben die am häufigsten gestellten Fragen zusammengestellt und hierzu Antworten formuliert. Die Fragen und die entsprechenden Antworten können den folgenden Dokumenten entnommen werden.

- FAQ's der Behörden (Bund, Kanton Graubünden und Gemeinde Davos) (PDF, 106KB)
- Sperr- und Durchsuchungszonen (PDF, 125KB)

- Sicherheitszonen (Karte) (PDF, 630KB)
- Verkehrsanordnungen (PDF, 117KB)
- Verkehrskonzept (Karte) (PDF, 4351KB)
- Bewilligung von Kundgebungen und dergleichen (PDF, 9KB)
- Hotline Polizei Davos (PDF, 35KB)
- Luftraumsperre Helikopter, Drohnen, Gleitschirme, Modellflugzeuge etc. (PDF, 729KB)

Anstatt das ‹Sicherheitsbudget› zu kürzen, werden Sozialausgaben gekürzt. Und anstatt den Staaten Steuergelder zur Verfügung zu stellen, werden die Reichen selber zu Flüchtlingen, und zwar zu Steuerflüchtlingen. Wären die Flüchtlinge eine Bank, hätte sie der Friedensnobelpreisträger längst gerettet.

Wie schon die Namen ‹Vereinte Nationen›, ‹Europäische Union› usw. aussagen, handelt es sich um Gemeinschaften, die endlich auch wie eine Gemeinschaft handeln sollten.

Während andere hungern und obdachlos werden, bereichern sich die sogenannten ‹Heuschrecken› und die REICHEN. Der Krieg der Reichen gegen die Armen ist in vollem Gange.

«Der Mensch ist nicht frei, wenn er einen leeren Geldbeutel hat.» Lech Walesa

Quelle: <https://de.sott.net/article/27694-Unmenschlich-Europaische-Wertegemeinschaft-uberlasst-Obdachlose-Fluchtlinge-und-Arme-dem-Kaltetod>

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: ‹Billy› Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz